

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 100

JANUAR 1993

50 Pfennig

Stalinismus – Totengräber der Revolution

Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde



Spartacist

Am 7. November war der 75. Jahrestag der bolschewistischen Revolution. Aber der Arbeiterstaat, den die bolschewistische Macht geschaffen hatte, die bei weitem größte Errungenschaft des internationalen Proletariats und ein riesiger Schritt vorwärts für die Menschheit, hat sein 75. Jahr nicht überlebt. Die Periode der offenen Konterrevolution, die von Boris Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im August 1991 eingeleitet wurde, kulminierte angesichts des Ausbleibens von Massenwiderstand der Arbeiterklasse in der Schaffung eines bürgerlichen Staates, wie zerbrechlich und reversibel dieser auch sein mag. Die Aufgabe, vor der das sowjetische Proletariat heute steht, ist

eine sozialistische Revolution, um die Macht des Proletariats wiederherzustellen und die Sowjetunion auf der Grundlage von Lenins und Trotzki's bolschewistischem Internationalismus wiederzuschmieden.

Der Aufstieg Jelzins und der kapitalistisch-restaurativen Kräfte, die ihn unterstützen, war ein zentrales Ereignis für die Entscheidung über das Schicksal der Sowjetunion, aber dies war nicht die Entscheidung selbst. In unserem Artikel über den August 1991 „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!“, der sofort ins Russische übersetzt und in mehr als 100 000 Exemplaren in der ganzen

Fortgesetzt auf Seite 14

**Für sozialistische Revolution,
um Jelzins Konterrevolution wegzufegen!**

1923, 1975, 1992 ... SPD torpediert Kampf gegen § 218

Arbeiter in Ost und West: Kämpft für Rechte der Frauen!

Seit Anfang Dezember schmieden die Verfassungsrichter von CDU und SPD ein Komplott, wie sie am besten das Recht auf Abtreibung demontieren können. Sie wollen für fast alle Abtreibungen die Kassenfinanzierung abschaffen

Kostenlose Gesundheitsversorgung höchster Qualität für alle! Ersatzlose Streichung von §§ 218/219!

und Abtreibungen in öffentlichen Krankenhäusern unmöglich machen. Sollen wir etwa zu Möllemanns Geistheilerei gehen? Für arme, werktätige, vor allem türkische Frauen und für andere Minderheiten blieben nur solche Kurpfuscherei. Nicht zufällig kommt der neue Ansturm auf das Abtreibungsrecht gleichzeitig mit dem drastischen Abbau beim Gesundheitswesen, bei Sozialprogrammen und beim Lebensstandard. Dies wird im Namen des „Solidarpakts“ von SPD/DGB gemacht; die Arbeiter und die Armen sollen für die kapitalistische Wiedervereinigung und den Drang der Bourgeoisie nach Osten bezahlen.

Jetzt ist es notwendig, die Basis der mächtigen DGB-Gewerkschaften mit ihrem starken Anteil von Immigranten zu mobilisieren, um die Paragraphen 218/219 zu Fall zu bringen und das Recht auf Abtreibung – eine einfache medizinische Prozedur und Teil der medizinischen Versorgung der Bevölkerung – zu verteidigen. *Dies muß verbunden werden* mit der Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter und der Rechte der Frauen. *Alle* Teile der Werktätigen können in diesen Kampf einbezogen werden – Frauen und Männer, jung und alt, Immigranten und Deutsche, Ost und West. **Ersatzlose Streichung der Paragraphen 218/219! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Nieder mit dem „Solidarpakt“ der De-facto-Großen-Koalition von SPD/CDU! Für bestmögliche und kostenlose Gesundheitsversorgung und Pflege für alle!** Aber dafür muß es einen harten politischen Kampf geben, um den Würgegriff der Sozialdemokraten auf die organisierte Arbeiterbewegung zu brechen, diese Bürokraten rauszuschmeißen und eine klas-

senkämpferische, revolutionäre Führung aufzubauen.

Der Rundumschlag der Regierung ist ein Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution, die die Wirtschaft und große Teile der Arbeiterklasse in der Ex-DDR zerstörte. Gesundheitswesen und Sozialprogramme wurden zerstört, so daß die wenigen Mütter, die noch Arbeit haben, nicht arbeiten können ... wohin mit den Kindern? Weg ist das SPD/FDP-Geschwätz über „Kindertagesplätze für alle“ – sie haben im Osten gerade Millionen davon *zerstört*. Eine Arbeiterin beim Waggonbau Ammendorf bemerkte, man solle den Erich doch in Ruhe lassen, denn „der hat mir wenigstens mein Babyjahr gegeben“. In der DDR galt die liberalste Abtreibungsregelung in Europa. Dort soll nun über die bonapartistische Intervention des Bundesverfassungsgerichts (BVG) das restriktivste Gesetz auf dem europäischen Festland eingeführt werden.

Konfrontiert mit den riesigen Kosten Zerstörungswut, sind die Bosse heute enorm überstrapaziert und immer aggressiver. Während Bonn nationale Konflikte, soziales Chaos und Klassenkämpfe in ganz Europa entfesselt und hierzulande neue Lohnkürzungen, Karenztage, weniger Arbeitslosengeld und längere Arbeitszeit verspricht, schreien die SPD-Bonzen zwar, das sei alles ungerecht. Aber hinter verschlossenen Türen im Kanzleramt stimmen sie jeder Schweinerei zu. Beim Anschluß der DDR war die SPD das Trojanische Pferd, und jetzt trumpft sie mit ihren Forderungen von damals auf: Es soll den Arbeitern richtig weh tun.

Massive Kürzungen im Gesundheitswesen, in der Altenpflege, bei Umschulungen – alles mit dem Segen der SPD – treffen die Frauen am härtesten. Die „Gesundheitsreform“ schlägt zuerst die Schwächsten der Gesellschaft – alte, chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen. „Verhandelt“ wird in Karlsruhe über Frauen als Gebärmaschinen, über Kinder als Eigentum des Deutschen Reichs: neues Kanonenfutter für die Bundeswehr. Der Angriff auf das Abtreibungsrecht soll eine Schlüsseleinrichtung der kapitalistischen Herrschaft stützen: die Familie, Quelle der Unterdrückung der Frau in der Gesellschaft. Isoliert vom sozialen und politischen Leben, dienen Frauen in der Familie als Haussklaven, kostenlose 24-Stunden-Babysitter und Erzieherinnen, Pflegerinnen der Kranken und Alten.

Doch die Regierung mit ihrem Programm – Kinder, Küche, Kirche für Frauen, Verelendung weiter Teile der Bevölkerung und „Arisierung“ des ganzen Landes – ist ernsthaft angeknackst. Letzten Mai haben die Arbeiter im öffentlichen Dienst mit ihrem elftägigen Streik im Westen Kohl & Co. eine Ohrfeige verpaßt. Und die ÖTV ist die größte Frauorganisation in Deutschland. Kohl gegenüber blieben die Arbeiter standhaft, und sie hätten viel mehr erreichen können, wenn SPD-Spitzen den Streik nicht ausverkauft hätten. Besonders die Arbeiterinnen und Arbeiter des ehemaligen deformierten Arbeiterstaats DDR wollen um ihre früheren Errungenschaften kämpfen – das Recht auf Arbeit und eine bezahlbare Wohnung, kostenlose Gesundheitsversorgung und das Recht auf Abtreibung, allgemeine Kinderversorgung.

Wie seit über 70 Jahren wollen die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß *niemand* gegen 218/219 auf die Straße geht. Breite Schichten von wütenden SPD-nahen Frauen, besonders im DGB, wurden mit einem absurden „Protestbrief“

Fortgesetzt auf Seite 27

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden, Mark Raphael,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: Michael Jäger

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 49 1 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 49 1 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nach Rostock und Mölln: Stoppt Massenabschiebungen und Nazi-Terror durch Arbeiter/Immigranten-Mobilisierung!

Nach dem Rostocker Nazi-Pogrom, wo neben Roma und Sinti 115 Vietnamesen nur knapp dem Tod entkamen, plant die Regierung jetzt die Abschiebung der rund 20 000 DDR-Vertragsarbeiter aus Vietnam, Moçambique und anderen Ländern, die noch hier sind. Die Bourgeoisie nimmt insbesondere die Vertragsarbeiter ins Visier, als Teil ihres Rachefeldzugs gegen alles, was an die DDR erinnert. Im Zusammenhang mit rassistischen Brandanschlägen, die bis in die Tausende gehen und die vorerst in den Nazi-Morden in Mölln gipfelten, hat die SPD/CDU entschieden, Großdeutschland abzuschotten und die faschistische Parole „Ausländer raus“ durchzusetzen. Erst am 3. Januar wurde der Mosambikaner Manuel T. von Nazi-Gangstern mit Baseballschlägern zusammengeschlagen – jetzt liegt er schwerverletzt im Krankenhaus. Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft am 7. Januar zu einer dringend notwendigen Demonstration vor dem Immigrantenwohnheim in der Gehrenseestraße auf! Es ist höchste Zeit, daß die gesamte Arbeiterbewegung machtvolle Proteste organisiert und Maßnahmen ergreift, um die geplanten Massenabschiebungen zu verhindern und den Schutz der Wohnheime von Flüchtlingen und Vertragsarbeitern gegen Nazi-Terror zu organisieren!

Mit Mölln, wo langeingesessene eingewanderte Familien von Nazis ermordet wurden, wurde die mächtige westdeutsche Arbeiterbewegung mit ihrem strategischen eingewanderten Bestandteil dazu gezwungen, sich der Frage des Kampfes gegen den Nazi-Terror zu stellen.

So kam es bei Opel-Rüsselsheim, wo ein Viertel der Arbeiter Immigranten sind, zu einer spontanen Protestdemonstration, so daß sogar der Konzernchef aus Angst vor weiteren Aktionen seine Scheckbuch-, „Besorgnis“ ausdrückte. Arbeiter in Reinbek schlossen ihre nahe Mölln gelegene Chemiefabrik in Reinbek, und 300 überwiegend türkische Arbeiter nahmen an Protestkundgebungen teil. Danach führten türkische Arbeiter Autostreifen in Mölln durch. Immer mehr eingewanderte Arbeiter sehen die Notwendigkeit von Selbstverteidigung, und auch Schriftsteller wie Golo Mann und Ralph Giordano, weil dieser rassistische Staat keinerlei Absicht hat, sie vor den Nazis zu schützen.

Genauso sieht sich die gesamte Arbeiterklasse direkt von den geplanten Massenabschiebungen der ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter bedroht. Am 17. Dezember protestierte die IG Metall gegen die Abschiebungen. In einem Brief an die Ministerpräsidenten der Länder wies die Gewerkschaft darauf hin, daß die Nazis „durch eine Ausweisung ihre Parolen bestätigt finden“. In Rostock protestierte auch der Betriebsrat der Neptunwerft. Doch es reicht nicht aus, die Abschieber nur mit Protestbriefen und -anträgen zu bombardieren. IG Metall und andere Gewerkschaften mit ihren Millionen Mitgliedern müssen ihre soziale Macht in die Waagschale werfen, die sich im ÖTV-Streik im letzten Frühjahr zeigte!

Nur die Arbeiterklasse hat sowohl das Interesse als auch die Macht, den Faschisten eine wirkliche Niederlage beizubringen. Bedroht von Massenentlassungen bei Opel, Mercedes, VW und gesamten Industriezweigen, darf sie sich nicht spalten lassen und von dem kämpferischen Immigranten-Bestandteil amputiert werden. Schon die tatkräftige, organisierte Arbeiter/Immigrantenverteidigung eines Wohnheims, die auch Jugendliche, Roma, Juden, Schwule und alle an-



Spartakist

Berlin, 19. Oktober 1991: 1000 Vietnamesen und andere protestieren gegen Naziüberfälle

deren Antifaschisten organisiert, würde im ganzen Land ein Signal setzen!

Es sind die von den Engholms/Steinkühlers kontrollierten reformistischen Irreführer des DGB, die chauvinistisches Gift versprühen und sich querstellen. Die SPD, die die kapitalistische Wiedervereinigung vorangetrieben hat, setzt alles auf eine Volksfront der Klassenkollaboration und hat in jeder Frage in einer *De-facto*-Großen Koalition mit CDU/CSU Stück für Stück deren Programm durchgesetzt. Im Namen des verrotteten „Solidarpaktes“ demobilisieren SPD/DGB die Arbeiter an jeder Front gegenüber der kapitalistischen Offensive. Und von Hoesch bis zu den diversen Betriebsgewerkschaftern und Werksleitungen gibt es gemeinsame Erklärungen von Betroffenheit und über die „Menschenwürde“.

Angesichts des massiven Drucks in den Betrieben boten die Gewerkschaftsbürokraten impotente Schweigeminuten an. Jetzt ruft eine Gruppe von Berliner Gewerkschaftern und Betriebsräten in Zusammenarbeit mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft zu einem Viertelstundenstreik am 29. Januar auf, dem Vorabend des 60. Jahrestags der

Fortgesetzt auf Seite 4

Stoppt Abschiebungen...

Fortsetzung von Seite 3

Machtergreifung Hitlers. In „Kettenbriefen“ wird von den Berliner Organisatoren festgestellt: „Der Generalstreik der deutschen Gewerkschaftsbewegung fand 1933 nicht statt. Heute gilt es zu beweisen, daß wir aus der Geschichte gelernt haben.“ Doch aus der Geschichte zu lernen heißt gerade, den schrecklichen Verrat der SPD und der Stalin/Thälmann-KPD nicht zu wiederholen, die nicht nur den Generalstreik in letzter Minute sabotiert haben, sondern auch jede gemeinsame Kampfmaßnahme gegen die Nazis. Die Trotzlisten kämpften damals für die Massen-Arbeiter-einheitsfrontaktionen, die die Nazis gestoppt hätten. Statt Schweigeminuten mit den Bossen, um der „Greueln der Nazidiktatur zu gedenken“, brauchen wir solche Aktionen, die Nazi-Greueln *heute* stoppen.

Dazu ist es jedoch vor allem notwendig, die *politische* Kontrolle den Händen der Bürokraten zu entreißen. Diese Leute fürchten die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse mehr als alles andere und wollen die Kampfbereitschaft der Arbeiter in deutschnationale Proteste nach Vorbild der Lichterketten für das „Ansehen im Ausland“ umwandeln. (Es war bezeichnend für diese „antirassistischen“ Lichterketten, daß sich sogar die Friedrichshainer Republikaner an Berliner Lichterketten beteiligten!) Die Kapitalisten wollen genau wie die Bonner Heuchler nicht nur ihre Exporte ins Ausland fördern, sondern auch mit gutem Gewissen die Flüchtlinge abschieben, während ein Teil der Immigranten als Arbeitssklaven „ganz unten“ ausgepreßt werden soll. Die gleiche Art von „Antirassismus“ zeigt sich auch in den Forderungen nach Quoten, wie sie die Grünen verlangen,

oder der PDS-Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz „mit kühlem Kopf“ (*Neues Deutschland*, 9. November). Die PDS, deren Ex-Vorsitzender Gysi mit dem DSU/CDU-Diestel klüngelt, beteiligt sich mit der Forderung nach „mehr Polizei“ an der rassistischen Hetze von Seiters/Heckelmann.

Zuerst wurden die Flüchtlinge verfolgt, vor allem Roma und Sinti, die schon im Dritten Reich Opfer des Nazi-Völkermords waren. Als Sündenbock für die verheerenden Auswirkungen der kapitalistischen Wiedervereinigung werden sie kriminalisiert und jetzt systematisch deportiert. *Stoppt Kohls/Lafontaines Massenabschiebungen der Roma! Alle, die hier leben, müssen gleiche Rechte haben. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Nach dem Möllner Massaker tauchte der Schrei „gegen Gewalt“ auf, weil die Bourgeoisie in Panik geriet, daß die türkischen und kurdischen Arbeiter ihre Selbstverteidigung organisieren. „Gewalt“ ist der Polizeiterror gegen Antifaschisten und Immigranten – wie im SPD-regierten Hamburg, wo nach der Trauerfeier für die Mordopfer von Mölln türkische Demonstranten am Flughafen von der Polizei brutal niedergeknüppelt wurden, darunter der Vater der 10jährigen Yeliz Arslan. Der Aufruf zum „Verbot“ der Faschisten schafft nur gefährliche Illusionen. Der Staat behauptet sein „Gewaltmonopol“, um Antifaschisten zu verfolgen und die Büros und Wohnungen von Linken und Immigranten zu überfallen und sie zu unterdrücken.

Zehntausende von Jugendlichen sind auf die Straße gegangen, um gegen die rassistische Asylpolitik von Regierung und SPD und gegen die Nazi-Überfälle zu protestieren. Einige Gruppen von jungen Deutschen und Immigranten versuchten, auf eigene Faust bekannte Nester von den Nazis

Fortgesetzt auf Seite 10

Soeben erschienen!

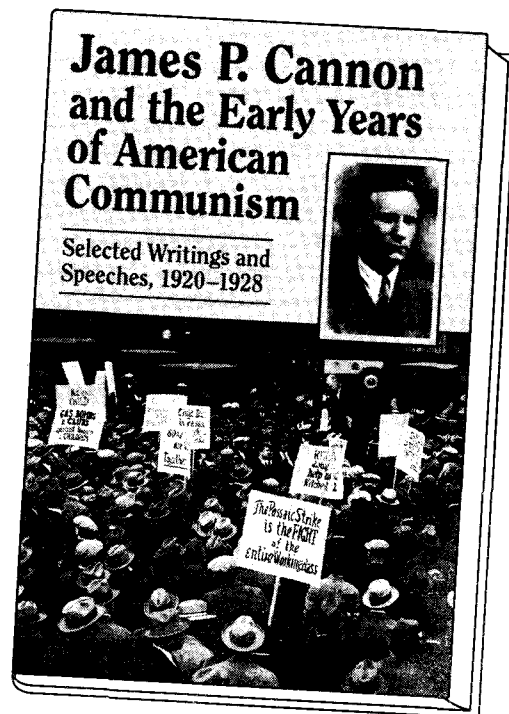
Buch der
Prometheus Research Library
Herausgegeben von der
Spartacist Publishing Company

James P. Cannon (1890–1974) war ein Gründer und Führer des amerikanischen Kommunismus und später ein zentraler Mitarbeiter des im Exil lebenden russischen Revolutionärs Leo Trotzki. Cannon führte die syndikalistische International Workers of the World (IWW) und war in späteren Jahren Mitbegründer der International Labor Defense (Internationale Arbeiterverteidigung, ILD), die Teil der Internationalen Roten Hilfe (MOPR) war. Er war aktiv bei der ILD-Verteidigungskampagne der Anarchisten Sacco und Vanzetti. Dieser neue Band von Cannons Schriften (auf Englisch) umfaßt die Periode, als Cannon einer der hauptsächlichsten Führer der amerikanischen Sektion der Kommunistischen Internationale war. Dieses Buch ergänzt Theodore Drapers zweibändige Geschichte des ersten Jahrzehnts des amerikanischen Kommunismus sowie Cannons eigenes Buch *The First Ten Years of American Communism* (Die ersten zehn Jahre des amerikanischen Kommunismus). Es erschließt wertvolles Dokumentarmaterial über die amerikanische Partei und die Stalinisierung der Kommunistischen Internationale.

Das Buch enthält u. a.:

- Eine ausführliche dokumentierte Einleitung
- Erläuternde Fußnoten zu Cannons Texten
- 16 Seiten mit seltenen historischen Fotos
- Glossar von Namen und Begriffen mit über 200 Eintragungen
- Bibliographie von Cannons Werken 1912–1928
- Index

Bestellungen an: Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51. Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60



Die Prometheus Research Library ist eine aktive Forschungseinrichtung für ein breites Spektrum marxistischer Studien sowie das Hauptarchiv der Spartacist League/U.S. und der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

DM 39,- Leinen ISBN 0-9633828-0-2
DM 25,- kartoniert ISBN 0-9633828-1-0
624 Seiten

zuzüglich Versandkosten DM 3,- pro Band

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Wohnheimverteidigung in Niedersachsen

Der folgende Bericht zeigt die Bereitschaft von vielen Jugendlichen, die Nazi-Brandstifterbanden zu stoppen. Der Weg vorwärts für antifaschistische Jugendliche ist, ihre Bereitschaft, die Nazis zu stoppen, mit der Macht der organisierten Arbeiterklasse zu verbinden.

Ich möchte Euch mit diesem Brief über Angriffe auf Flüchtlingswohnheime in Winsen/Luhe und den Versuch, eine Verteidigung aufzubauen, informieren. Am 09.11.92 fand in Winsen eine Demonstration gegen Fremdenhaß mit 1700 Teilnehmern statt, nachdem wenige Tage zuvor eine Nazibande versuchte, das Flüchtlingswohnheim in der Bahnhofstraße in Brand zu setzen. Diesen Versuch wiederholten sie am 29.11.92. In der Bahnhofstraße gelang es ihnen nicht, da sie von einigen Anwohnern überrascht wurden und flüchteten. Daraufhin fuhren die Faschisten zum Flüchtlingswohnheim „Altneuland“, wo es ihnen gelang, einen Brandsatz durch ein Fenster in den Wohnraum einer rumänischen Familie zu werfen. Glücklicherweise gelang es der

Familie sofort, das Feuer zu löschen. Nach Verhaftung der Bande wurden drei von ihnen sofort wieder freigelassen, gegen die beiden anderen Täter wurde Haftbefehl wegen „Verdacht“ des „versuchten“ Mordes und menschengefährlicher Brandstiftung erlassen. Am Montag nach dem Anschlag gab es in Winsen eine spontane Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit. Diese Demonstration wurde von Schülern des Winsener Wirtschaftsgymnasiums organisiert, zu der 900 Teilnehmer erschienen. Am 2.12.92 gab der „Winsener Anzeiger“ bekannt, daß sich in Winsen Bürger zusammengefunden haben, die in Zukunft Rundgänge um die Immigrantenvohnheime machen und im Falle einer möglichen Bedrohung die Polizei verständigen wollen. Da wir Winsener Antifaschisten das Anrufen der Polizei für nutzlos halten, besuchte ich mit meinem Freund, der mit mir das gleiche Praktikum absolviert, die Flüchtlingswohnheime, und wir organisierten mit den Flüchtlingen und zwei weiteren Antifaschisten, einem Studenten und einem Gymnasiasten, sofort eine Telefonkette, die dann ausgelöst wird, wenn Gefahr droht. Das soll der Anfang für eine Verteidigung sein, für die wir weitere Unterstützung suchen.

Daniel E.

Hunderte DDR-Vertragsarbeiter protestieren in Magdeburg

Nicht Kerzen – Klassenkampf muß brennen!

Die Magdeburger Kundgebung am 13. Dezember wurde als eine Demonstration gegen Massenabschiebungen angekündigt. Als wir zu dem Hallenser Wohnheim gingen, in dem hauptsächlich mosambikanische Kollegen wohnen, wurden wir (wie auch sonst immer) gut aufgenommen, besonders von unseren Abonnenten, und wir entschieden, mit mehreren SpAD-Genossen nach Magdeburg zu fahren. Wir wurden aber mißtrauisch, als wir ein Plakat darüber am Wohnheim sahen, das vom Ausländerbeauftragten unterschrieben war. Das ist der Typ, der in der *Mitteldeutschen Zeitung* einen Hetzartikel gegen uns und die erfolgreiche antifaschistische Demonstration vom 2. November 1990 geschrieben hat (siehe *Spartakist* Nr. 79, 6. November 1990).

Diese Kundgebung wurde organisiert von Leuten, die mitverantwortlich sind für die Ausweisung dieser eingewanderten Arbeiter. Wie konnten wir daher wissen, daß sie nicht planten, die Arbeiter direkt zur Abschiebung zu fahren. Im Bus wurden dann unsere Befürchtungen in einem „Witz“ ausgedrückt. Der Hausmeister des Wohnheims rief den Vertragsarbeitern zu: „Ihr denkt, ihr fahrt jetzt nach Magdeburg, aber dieser Bus geht zum Tempelhofer Flughafen.“ Einer der SpAD-Genossen, der in der Nähe saß, protestierte sofort dagegen. Es waren ungefähr die Hälfte aller in Halle verbliebenen mosambikanischen Arbeiter im Bus, etwa 40 von 75. Es waren einmal 370. Die Mosambikaner in Halle, die noch Arbeit haben, müssen ab Januar 30 DM pro Nacht pro Bett ausgeben. Damit bleibt ihnen ungefähr 300 DM im Monat zum Leben.

Im und am Magdeburger Dom, wo die Veranstaltung stattfand, verkauften wir unsere Literatur, insgesamt etwa 200 Zeitungen und Flugschriften. Es gab ein besonderes Interesse an unserem Artikel „USA/China: Hände weg von Vietnam!“, *Spartacist* (deutsche Ausgabe) Nr. 11, Winter 1983/84. Es waren Immigranten dort, die lange in der DDR gelebt hatten. Sie haben den *Spartakist* gekauft, weil er eine kommunistische Zeitung ist.

Innen drin haben wir mit Gruppen von vietnamesischen und afrikanischen Arbeitern geredet. Wir erklärten, daß wir

gegen die kapitalistische Wiedervereinigung in der DDR gekämpft hatten, daß wir für volle Staatsbürgerrechte für alle kämpfen, die hier leben. Wir wollen Arbeiter/Immigranten-Einheitsfronten initiieren, um die Nazis zu zerschlagen. So erklärten wir, warum wir denken, daß Kerzen ein Symbol gegen wirklichen Widerstand gegen Rassismus und Faschismus sind. Ganze Gruppen von Arbeitern entschieden sich, die Kerzen auszupusten. Manche gaben uns ihre Adresse, viele kauften unsere Zeitung. Wir trafen Leute aus Berlin, Leipzig, Chemnitz, Magdeburg, Dresden und Halle.

Es gab auch eine deutsche Schulklasse und ein paar kirchliche Liberale, aber zu 90 Prozent waren DDR-Vertragsarbeiter dort, hauptsächlich Vietnamesen, insgesamt mehr als 500 Leute. Es waren keine bekannten Politiker zu

Fortgesetzt auf Seite 31

Bögelein aus dem Gefängnis, aber noch nicht frei

Gerhard Bögelein, der im Zweiten Weltkrieg zur Roten Armee überlief und gegen die Faschisten kämpfte, wurde im Frühjahr 1992 vom Landgericht der SPD-Stadt Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt für das „Verbrechen“, 1947 einen Nazi-Kriegsrichter getötet zu haben. Im Dezember wurde er nun wegen Haftverschonung aufgrund seiner Krankheit vorläufig aus der Haft entlassen. Spartakisten waren mit dabei, den 69jährigen antifaschistischen Helden Bögelein aus dem Gefängnis abzuholen. Noch steht er aber mit einem Bein im Gefängnis, der Kampf für das Zufallbringen des Schreckensurteils gegen Bögelein und für die Freilassung aller antifaschistischen und linken Gefangenen geht weiter! Dafür brauchen wir entschlossene antifaschistische Demonstrationen, und besonders muß in den Gewerkschaften für die Mobilisierung der Macht der Arbeiter/Immigranten gekämpft werden.

1933: Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vor 60 Jahren, am 30. Januar 1933, kam Hitler an die Macht. Der Faschismus war das letzte Aufgebot der Bourgeoisie, die kapitalistische Herrschaft zu retten und das mächtigste und am besten organisierte Proletariat der europäischen Arbeiterbewegung zu besiegen. Aber kein Schuß des Widerstands wurde gegen Hitler abgefeuert: Die Verantwortung für diese welthistorische Niederlage der deutschen und internationalen Arbeiterklasse ruht direkt auf den Schultern der Sozialdemokratie, die über die Arbeiterklasse die Hegemonie hatte, und der Stalinisten. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), die in der Weimarer Republik immerhin eine proletarische Massenpartei war, hatte unter Thälmann nach der Theorie des „Sozialfaschismus“ die Sozialdemokratie zum „linken Flügel des Faschismus“, d. h. zum Hauptfeind, erklärt. Diese sektiererische Politik sabotierte den gemeinsamen Kampf der SPD- und KPD-Arbeiter, der die Faschisten hätte zerschlagen und die Machtergreifung Hitlers hätte verhindern können. So wurde der Weg in die Katastrophe geebnet, obwohl viele kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter und Jugend-

liche zum gemeinsamen Kampf bereit waren.

Auf den 30. Januar 1933 reagierte Thälmann mit dem Satz: „Nach Hitler wir!“ und ließ tatenlos zu, daß die Organisationen des Proletariats zerschlagen und zerschmettert wurden. Trotzki und die Linke Opposition (LO) kämpften mit all ihrer Kraft, um die KPD und die Komintern von ihrem selbstmörderischen Kurs zu brechen. Die Bolschewiki-Leninisten, die deutschen Unterstützer der LO, kämpften innerhalb der KPD als revolutionäre Fraktion gegen die Politik von Stalin/Thälmann und gegen den verräterischen Reformismus der SPD-Führer für eine Einheitsfront der Arbeiterklasse, um die Nazi-Terrorbanden zu zerschlagen. Vor der Machtergreifung der Nazis wurden auf Initiative der Bolschewiki-Leninisten in Städten wie Erkenschwick und Oranienburg auch gemeinsame Schutzgruppen von SPD- und KPD-Arbeitern aufgestellt, die Arbeiterveranstaltungen erfolgreich gegen Nazi-Angriffe verteidigten. Die folgende Erklärung druckten die Bolschewiki-Leninisten in ihrer Zeitung Permanente Revolution Nr. 5, 3. Jahrgang (1. Februarwoche 1933) ab.

Der Terror beginnt! Sofort handeln durch Einheitsfront

Hitler Reichskanzler!

Arbeiter wißt Ihr, was das bedeutet? Das heißt die völlige Aushungerung und Entrechtung, das heißt die Ausrottung aller aktiven Elemente des Proletariats! Darüber kann nach den Reden der Naziführer kein Zweifel sein. Hitlers Programm ist die völlige Zerschlagung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, um den Weg für eine noch ungeheuerlichere Verelendung der Arbeiterschaft zu öffnen. Sein außenpolitisches Ziel ist der Krieg mit Sowjetrußland. Gelänge es Hitler seine Absichten durchzuführen, so bedeutete dies eine noch nie dagewesene Niederlage für das internationale Proletariat, „denn Deutschland ist nicht nur Deutschland, sondern das Herz Europas.“

Tröstet Euch nicht mit Flausen, Hitler würde bald abwirtschaften. Entweder festigt jetzt Hitler die Macht oder das Proletariat stürzt ihn und macht die Bahn frei für die Macht der Arbeiterklasse.

Jetzt noch abzuwarten, wie dies die SPD vorschlägt, ist Wahnsinn, ist Verbrechen, bedeutet, Hitler sich in seinen neuen staatlichen Positionen befestigen zu lassen, bedeutet, auch die allerletzten Trümpfe ihm in die Hand zu spielen, und damit direkt die Niederlage der Arbeiterschaft herbeizuführen.

Die faschistische Hitler-Regierung stürzen können nicht parlamentarische Mißtrauensanträge, sondern nur der außerparlamentarische Massenkampf.

Aber wie zu dieser Aktion kommen? Man muß die Voraussetzungen schaffen: die Geschlossenheit. Es genügt nicht zum Kampf aufzufordern und sich bereit zu erklären, ihn mit der SPD, dem ADGB und den christlichen Gewerkschaften durchzuführen, wie dies das ZK der KPD bisher gemacht hat. Die Lage erfordert heute von der KPD, ein offenes Spitzenangebot an die SPD- und ADGB-Führung zu machen. Man muß ein konkretes Kampfprogramm vorschlagen, vor der Arbeiteröffentlichkeit die SPD- und ADGB-Führung zu Verhandlungen und Vereinbarungen auffordern, um — bei Aufrechterhaltung der politischen Selbständigkeit der beteiligten Organisationen — unverzüglich gemeinsame

Kampforgane im Reichs- und Lokalmasstabe zu schaffen und die Kraft des Proletariats konzentriert einzusetzen.

Das Ziel des Kampfes ist:

Fort mit der Hitler-Regierung!

Entwaffnung der braunen SA-Kolonnen!

Verteidigung aller Arbeiterorganisationen und ihres Eigentums!

Verteidigung der demokratischen Rechte des Proletariats!

Nicht abwarten, zuschlagen muß man!

SPD-Genossen! Protestiert, erzwingt die sofortige Aufnahme des Kampfes, brecht die Sabotage eurer Führer! Genossen der KPD! Seit 2 ½ Jahren schlagen wir „Trotzkisten“ eine leninistische Einheitsfrontpolitik zur Besiegung des Faschismus vor, dessen Perspektiven wir richtig gezeichnet haben. Durch die Schuld der stalinschen Führung, des ZK, ist viel Zeit verloren. Noch immer hat der Reformismus ausschlaggebenden Einfluß auf die entscheidenden Teile der deutschen Arbeiterklasse. Noch ist es möglich, in zwölfter Stunde, durch eine leninistische Einheitsfrontpolitik den Widerstand zu organisieren und das Proletariat zum Siege zu führen. Noch hat das Proletariat seine Organisationen! In seiner Hand liegt der Hebel der Wirtschaft. Jene haben nur Bajonette. Auch die Bolschewiki haben in letzter Stunde Kornilow geschlagen!

Reißt alle Kräfte zusammen! Keine Müdigkeit, kein Zaudern!

Gemeinsame Front aller Arbeiterorganisationen:

Für die Verteidigung der KPD!

Für Einheitsfrontorgane der Arbeiterklasse!

Für die Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterschaft!

Für den Schutz von Partei-Gewerkschaftshäusern und der Arbeiterpresse!

Gegen die Vergeudung des Volksvermögens an die korrumpierten Osthilfebarone und die Schwerindustriellen!

Für die Arbeiterkontrolle der Produktion!

Für ausreichenden Lohn!

Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)

Nieder mit Solidarność-Reaktion! Arbeiter an die Macht!

Bergarbeiterstreik erschüttert Walesas Polen

WARSCHAU, 21. Dezember — Zum zweiten Mal in diesem Jahr drohen Massenkämpfe der Arbeiterklasse das verhaßte „Schocktherapie“-Regime von Lech Walesa und die wackelige Koalitionsregierung der Ministerpräsidentin Hanna Suchocka, der Mächtigen-Thatcher von Polen, zu stürzen. Nach einer Welle von um sich greifenden Streiks letzten Montag sind jetzt alle Gruben in den Kohlefeldern von Slask dicht, weil die mehr als 300 000 Bergleute des Landes gegen einen „Umstrukturierungs“-Plan der Regierung streiken, nach dem mehr als die Hälfte der Beschäftigten entlassen würden. Der Kohle-Streik hat auch zu Arbeitsniederlegungen bei der Eisenbahn geführt, die den gesamten Güterverkehr in Slask unterbrochen haben, wo 70 Prozent des Güterverkehrs des Landes abgewickelt werden. Jetzt stehen auch die Stahlarbeiter kurz vor der Urabstimmung.

Wie die Streikwelle von Kupfer-Bergleuten und Metallarbeitern letzten Sommer hat auch der jetzige Aufruhr die schwache polnische Regierung in eine Krise gestürzt. Der Streik zwang die Regierung, die Debatte im Sejm (Parlament) über ein drakonisches Abtreibungsverbot zu vertagen, das von der katholischen Hierarchie und der Suchocka-Regierung gefordert wird, einer Koalition von reaktionären Solidarność-Ablegern. Das Gesetz gegen Abtreibung ist bei breiten Bevölkerungsschichten verhaßt. Am Samstag stimmte der Sejm dann gegen den „Umstrukturierungs“-Plan der Regierung zur Privatisierung der Bergbau-Industrie.

Die Weigerung des Sejm, dem Wirtschaftsprogramm der Regierung zuzustimmen, hat den Zusammenbruch der Suchocka-Koalition auf die Tagesordnung gesetzt. Suchocka verhandelt panisch mit dem Solidarność-Gewerkschaftsführer Krzaklewski, der sich bereit erklärt hat, einen Kuhhandel mit den Bergleuten zu vermitteln, und der während des Wochenendes an der Seite der Ministerpräsidentin im Fernsehen auftrat. Und in einem Offenen Brief an die Bergleute

bettelte Walesa: „Ihr könnt eine Menge gewinnen, aber auch genauso viel verlieren ... ihr könnt sogar die Regierung stürzen, aber werdet ihr irgend etwas erreichen, wird Polen irgend etwas erreichen?“ Der Arbeitsminister Jacek Kuron fiel über die Bergleute her und sagte, daß ihre Forderungen darauf hinaus liefen, ein neues Gesellschaftssystem zu fordern. Tatsächlich stellt die Streikwelle die Frage, wer Polen regieren wird: die Solidarność-Strohmänner des IWF und des Vatikan oder die mächtige Arbeiterklasse.

Der Bergarbeiterstreik entstand aus einem zweistündigen Protest-Generalstreik am letzten Montag, zu dem der Gewerkschaftsbund der Solidarność aufgerufen hatte. Während der Streikwelle im letzten Sommer handelten die Solidarność-Gewerkschaften als Streikbrecher für die Walesa-Regierung. Sie haben mit der Regierung ein Abkommen über die Privatisierung der Staatsindustrie abgeschlossen, das die bisherigen Tarifabkommen völlig zerstört, im Austausch für 10 Prozent der Aktien der privatisierten Betriebe. Aber bei einer Arbeitslosigkeit, die in diesem Jahr 14 Prozent erreicht, und einer Inflation, die auf 40 Prozent klettert, hat Solidarność die Notwendigkeit gespürt, irgendeine Aktion zu ergreifen, um nicht den Einfluß, den sie hat, an den viel größeren exstalinistischen Gewerkschaftsbund OPZZ zu verlieren oder an die kämpferisch tönende, nationalistische Solidarność 80, deren Führung aus einer rechten Abspaltung von dem Hauptstrom der Klerikalnationalisten stammt. Letzten August beendete Solidarność 80 einen militanten Streik beim Fiat-Werk in Tychy, nachdem sie an die katholischen Bischöfe appelliert hatte, als Schlichter einzugreifen.

Die obersten Führer der OPZZ unterstützten anfänglich dieses Ausverkaufsabkommen, obwohl eine Mehrheit des Bundes dagegen war und obwohl Schlüsselsektionen wie die

Fortgesetzt auf Seite 27

Polnische Bergarbeiter-Demonstration für höhere Löhne 1990. Mit den militanten Streikaktionen in den Slasker Gruben haben die Bergarbeiter Walesas Schocktherapie-Regierung in eine Krise gestürzt



Erklärung von autonomen Kommunisten und Kommunistinnen

Nachfolgende Erklärung wurde auch in der autonomen Berliner Wochenzeitung INTERIM Nr. 217 (26. November 1992) abgedruckt.

**ERKLÄRUNG VON AUTONOMEN
KOMMUNISTEN UND KOMMUNISTINNEN
ZUM ANGRIFF EINIGER „AUTONOMER“
AUF EINE TROTZKYSTISCHE GRUPPE
WÄHREND DER ANTIFASCHISTISCHEN
DEMONSTRATION ANLÄßLICH DER
ERMORDUNG VON SILVIO AM 22.11.92**

zu anfang möchten wir betonen, daß wir politisch mit der angegriffenen trotzkystischen gruppe starke differenzen haben.

trotzdem fanden wir es gut, daß diese genossInnen sich spontan aus ihren bedingungen heraus zur ermordung von silvio verhielten und sowohl an der mahnwache als auch an der demonstration teilnahmen. uns mißfiel, daß sie quasi an der spitze der demonstration gingen, allerdings gab es wegen der kurzen vorbereitungszeit keine blockabsprachen, so daß es niemandem anzulasten ist. außerdem müssen wir auch bei einer demoaufstellung wegkommen von der hierarchischen vorstellung, daß die, welche an der spitze gehen, die demo anführen und jene, welche am ende gehen, automatisch abgewertet werden.

diese gruppe bestand aus älteren männern und frauen, die nicht „szenetypisch“ aussahen und auftraten. die meisten sind wohl arbeiterInnen, was ihrem selbstverständnis und ihren parolen auch entsprach, die durchaus diskussionswürdig sind.

entsetzt hat uns der unverständliche angriff selbsternannter demoleiterInnen aus der autonomen scene. zunächst verbal später auch handgreiflich gingen einige gegen diese gruppe vor. mensch muß sich vorstellen, 20jährige typen gehen gegen 40jährige frauen und männer vor.

genossInnen von uns, die sich gegen diese ausgrenzung wandten, ohne inhaltlich zu den trotzkystischen thesen stellung zu nehmen, wurden von diesen selbsternannten „autonomen“ ebenfalls beleidigt.

die inhaltlichen statements während der verbalen auseinandersetzung ließen uns deutlich werden, hier wird nicht eine gruppe ausgegrenzt deren verhalten manchmal kritikwürdig ist, hier soll **auch ein teil unserer geschichte und kommunistischen identität ausgegrenzt werden. dazu sagen wir: wir sind immer bereit unsere kommunistische geschichte zu vermitteln – aber auch mit allen mitteln zu verteidigen, GEGEN ALLE, DIE SIE AUSLÖSCHEN WOLLEN!!!**

ein bißchen geschichtsbewußtsein sollte allen klar werden lassen, daß trotzkystInnen die hauptopfer der stalinistischen rechtsabweichlerInnen innerhalb der kpdsu und der komintern waren. neben anarchistInnen und anarchosyndikalistInnen fielen trotzkystische und linkskommunistische genossInnen der **POUM** den stalinistischen säuberungen im spanischen bürgerInnenkrieg zum opfer. welche mit verweis auf die ddr-geschichte meinen trotzkystInnen ausgrenzen zu können, sollen wissen, daß sie so handeln wie die sed-verantwortlichen, die bis zum schluß trotzkistInnen oder solche, welche sie dafür hielten, verfolgten. wir haben auch mitbekommen, daß gerade die ausgegrenzte gruppe seit jahren praktische antifaschistische arbeit leistet. der faschist **carsten pagel** überzog jahrelang menschen aus dieser gruppe

letztlich erfolglos mit prozessen, weil sie eine faschistische veranstaltung verhindert haben.

diese fakten interessieren die maulheldInnen vom 22.11. nicht. statt dessen bestimmen sie, daß menschen, die die freilassungsforderung für erich honecker bejahen, auf der demo nichts zu suchen haben. als ein genosse von uns **freiheit für klaus croissant** rief, wurde er ebenfalls beschimpft.

wollen diese selbsternannten autonomen **ingrid strobl, karl-heinz roth, christian geißler usw.** künftig ebenfalls ausgrenzen? die genannten haben sich in einer in der „konkret“, dem „freitag“, dem „ak“ abgedruckten „**erklärung zum fall honecker**“ die forderung nach sofortiger einstellung des verfahrens gegen erich honecker und seine mitangeklagten zu eigen gemacht. ebenso müßte die prozeßgruppe „kielhorn/bögelein“ künftig ausgegrenzt werden, die ebenfalls diese forderung vertritt. autonome/revolutionäre zeitungen wie die **AGITARE BENE, KASSIBER ODER DAS ANGEHÖRIGEN-INFO** werden wohl auch bald auf dem index stehen, die beiträge für die freilassung von erich honecker und klaus croissant abdruckten.

die aufgezählten medien und personen zeigen, daß die diskussion innerhalb der revolutionären/autonomen zusammenhänge zum glück weiter ist, als manche berliner freiraum-verteidigerInnen wahrhaben wollen.

besonders ermutigend erscheint uns, wie die **gefangenen aus raf und widerstand** ihre revolutionäre identität verteidigen.

jüngstes beispiel: die großadresse von **norbert hofmeister**, gefangener aus dem widerstand, an die antirassistische, revolutionäre demo in bonn vom 14.11.92.

unter seinen acht forderungen ist auch die nach „**einstellung der verfahren und inszenierungen gegen klaus croissant, erich honecker, willi stoph und die anderen!**“

die revolutionären gefangenen wissen und spüren existentiell, daß solidarität mehr sein muß, als unterstützung seiner/ihrer engsten anhänglerInnen. daß es außerdem darum geht, daß der brd-imperialismus alle physisch und psychisch auslöschen will, für die der kampf um den kommunismus noch tagesaufgabe ist. damit nichts gelernt werden kann, aus den gemachten fehlern, wie es der raf-gefangene **karl-heinz dellwo** formulierte.

wir haben am 22.11. nicht zum ersten mal erleben müssen, wie auch sogenannte autonome die verteidigung unserer revolutionären traditionen und identität in den dreck ziehen.

wir werden uns darauf einstellen, im wissen, daß die künftigen kämpfe diese menschen in die joschka fischers der jahre 2005 verwandeln werden.

wir haben uns aber schon entschieden: auf der seite von klaus croissant, karl-heinz dellwo, christian klar und allen anderen revolutionärInnen.

auf einem transparent des „internationalistischen blocks“ auf der schon erwähnten bonner demo stand folgende losung, die bei keiner antifaschistischen, antirassistischen aktivität fehlen sollte:

DIE BRD BRINGT SEIT ÜBER 20 JAHREN DIE KÄMPFERINNEN GEGEN FASCHISMUS UND RASSISMUS AUS RAF UND WIDERSTAND IN DIE KNÄSTE

KÄMPFT MIT UNS FÜR IHRE FREILASSUNG!

**AUTONOME KOMMUNISTINNEN
FÜR SOZIALISMUS STATT BARBAREI**

Wie wird der Nazi-Terror geschlagen

Autonome in der Sackgasse

In der letzten Zeit häufen sich Selbstbekenntnisse von den Autonomen, wie „Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!!!“ Manche meinen selber, es reiche „vorne und hinten nicht“, den Aufstieg der Faschisten aufzuhalten mit ihrer Strategie von Scharmützeln gegen die Nazis und die Bullen, die die Faschisten schützen.

Gleichzeitig wollen viele Jugendliche die Nazis unschädlich machen, zum Beispiel in Halstenbek bei Hamburg, wo Deutsche, Türken und Griechen Anfang Dezember das Haus eines FAP-Führers aufsuchten. Als Autonome am 8. November 1992 Eier auf Weizsäcker warfen, drückten sie die Verachtung Tausender gegen die heuchlerischen „Demokraten“ des Vierten Reiches aus.

Der rassistische Terror des Staates und der Nazis zielt mehr und mehr auf Bestandteile der Arbeiterklasse – Vertragsarbeiter im Osten und Türken/Kurden im Westen. Es brodelt in den Betrieben, die Autonomen stehen aber abseits von dieser Entwicklung. Der Kern der Autonomen ist arbeiterfeindlich. So riefen uns Autonome bei der großen Rostocker Antifa-Demo entgegen: „Lohnarbeit ist Verrat am Proletariat!“. Doch tatsächlich liegen die Möglichkeiten für die Organisation von Arbeiterschutz vor Flüchtlingswohnheimen oder anderen Zielen des Nazi-Terrors auf der Hand – so eine exemplarische Aktion hätte

eine Signalwirkung im Kampf gegen die Nazis.

Weil die Autonomen immer wieder Zielscheiben einer erbarmungslosen bürgerlichen Hetze und Verfolgungskampagne gegen „Extremisten“ sind, sehen viele ihre verzweifelten „Duelle“ mit dem bürgerlichen Staat als aussichtslos an. Doch der politische Hintergrund ist entscheidend: Autonome sind über die antikommunistische Hexenjagd selbst polarisiert. Nach dem Zusammenbruch des Stalinismus betreibt die Bourgeoisie eine Propagandaoffensive über den „Tod des Kommunismus“, der die Autonomen wie ein Wirbelwind durcheinanderpustet.

So griff ein Teil der Autonomen am 22. November 1992 bei der Demo nach der brutalen Ermordung von Silvio Meier durch Faschisten, die Spartakisten an, weil der SpAD-Block „Die Arbeiterklasse wird Silvio Meier rächen“ und „Freiheit für Erich Honecker!“ rief. Wir konnten uns behaupten und wurden auch von Immigranten und anderen Gruppen wie den Autonomen Kommunisten und Kommunistinnen verteidigt (siehe ihre Erklärung links).

Kurz darauf, am 5. Dezember, griff eine mit Knüppeln und schweren Pflaster- und Ziegelsteinen bewaffnete Schlägerbande von sogenannten „Autonomen“ auf der Berliner Antifa-Demo den Block der maoistischen Revolutionary

Fortgesetzt auf Seite 10

Leipzig: Die syphilitische Kette

Mit dem rassistischen Asylbeschuß von CDU/SPD werden die Nazis zu weiteren Terrorüberfällen angestachelt; die Staatsgewalt verstärkt ihr „Gewaltmonopol“ und geht mit Hausdurchsuchungen, Verboten usw. gegen Linke und Immigranten vor. Die PDS hängt sich mit der Forderung nach „mehr Polizei“ an. Und am Ende dieser syphilitischen Kette bieten sich nicht so linke und nicht so autonome Helfershelfer als antikommunistische Schläger zugunsten der rassistischen Volksfront an.

In Leipzig-Connewitz griffen in der Nacht vom 27. November 1992 mehrere Hundertschaften Bullen mit mörderischer Gewalt jugendliche Hausbesetzer an. Ein Bulle schoß auf einen 17jährigen Hausbesetzer, der nur durch Glück mit schweren Verletzungen in der Hüftgegend überlebte. Jetzt ist er wegen versuchten Totschlags angeklagt! Auf der nachfolgenden Demo gegen diesen brutalen Angriff wurde uns Spartakisten von Anhängern der Vereinigten Linken (VL) verboten, „gegen den Bullenterror“ zu rufen, und über Lautsprecherwagen riefen sie sogar zum Verbot des Spartakist-Verkaufs auf. Autonome und PDSler halfen gewaltsam, dieses Verbot durchzusetzen.

Drei Tage nach dem Anti-Asylbeschuß verbot die Leipziger Villa e.V., ein bekanntes Jugend- und Veranstaltungszentrum, eine Spartakist-Versammlung – wegen unserer Position „Nieder mit dem Bullenterror“, wie sie mündlich erklärten. Ein gewisser Wanner, Geschäftsführer des Villa-Vereins (der sich einen antikommunistischen Schutzrump von Autonomen und VLern gegen die Spartakist-Versammlung organisierte), geiferte danach in der *Leipziger Volkszeitung* (12. Dezember 1992) dagegen, daß wir „Freiheit für Honecker“ fordern. Dabei griff dieser von der SPD-Stadtverwaltung finanzierte Hausverwalter auf die übelsten Verleumdungen zurück, als er hetzte, Spartakisten hätten sich gegen eine Veranstaltung der Roma gewandt, die am gleichen Abend in der Villa stattfand.

Jeder, der auch nur irgend etwas über die Spartakisten

weiß, kann diese ungeheuerliche Verleumdung nur empört zurückweisen. Ein Berliner Roma-Führer und Organisator der Veranstaltung erinnerte sich gut an unsere lange Geschichte von kompromißloser Verteidigung der Roma und Sinti und unseren kürzlichen Protest gegen Seiters' Abschiebeabkommen mit Bukarest, und begrüßte die Spartakisten vor der Villa. Die Veranstaltung der Roma, wie auch die der Spartakisten (an einem anderen Ort) konnten ungestört durchgeführt werden.

Als wir auf einer Schulung der VL am gleichen Abend der verbotenen Spartakist-Versammlung für die Prinzipien der Arbeiterdemokratie und für Arbeitermobilisierung gegen die Nazis intervenierten, wurde ein ausgeflippter Typ bei seinem Ausschlußversuch so handgreiflich, daß dabei einem SpAD-Genossen die Hand gebrochen wurde. Wie wir schon in einem Flugblatt am 3. Dezember 1992 feststellten: „Wir werden dafür sorgen, daß die volle Freiheit der Propaganda durchgesetzt und sichergestellt wird.“ Bei der SpAD-Veranstaltung organisierten wir eine lebendige Diskussion mit Immigranten und Jugendlichen/Arbeitern über die Notwendigkeit einer gewerkschaftlich organisierten Arbeiter/Immigrantenaktion zur Verteidigung von Flüchtlingswohnheimen.

Die SPD hat die kapitalistische Wiedervereinigung vorangetrieben. PDS und VL halfen mit, die DDR an die Banken und Bosse auszuverkaufen. Heute spielen PDS, VL und ihresgleichen die Rolle von Vollzugsbeamten für Weizsäcker und die SPD, die die „Demonstrationen der Betroffenheit“ der „anständigen Deutschen“ organisieren. Sie gehen wuschäumend gegen diejenigen vor, die für wirkliche Verteidigung der Immigranten und für volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind, kämpfen wollen. In Leipzig zum Beispiel verwalten VLer als Zahlmeister des Vierten Reichs das Geld, das sie in ABM-Maßnahmen für Autonome stecken. Die PDS und die VL stellen das Verbindungsglied von der SPD bis zu den Autonomen dar. Die politisch-finanzielle syphilitische Kette schließt sich. ■

Autonome...

Fortsetzung von Seite 9

Internationalist Movement (RIM) an, der überwiegend aus Immigranten bestand – direkt vor den Mannschaftswagen der Bullen! Es gab mehrere Verletzte, darunter ein Unterstützer der RIM, der bewußtlos auf dem Pflaster lag.

Selbsternannte „Autonome Barbaren für Selbstorganisation statt Sozialismus“ hatten den blutigen Überfall auf die Demo mit einem Aufruf zu antikommunistischen Angriffen vorbereitet, abgedruckt in *Interim* vom 3. Dezember: „Für die FlugblattverteilerInnen der RIM gilt das gleiche wie für die SpartakistInnen: Wir lassen uns nicht für Eure Ziele einspannen und werden Euch auch in Zukunft nicht ungestört Eure Propaganda verbreiten lassen.“

Der bürgerliche Staat betreibt eine Hexenjagd gegen Kommunisten. Jetzt werden Spartakisten vor Gericht gestellt, weil wir die Nazi-Fahne beim Brandenburger Tor herunterrissen. Die Nazis wollen keine Kommunisten auf den Straßen, die Bullen wollen keine Kommunisten auf den Straßen, und die „autonomen“ Provokateure/Schläger wollen auch keine Kommunisten.

Das Milieu der Autonomen ist extrem heterogen. Während es auf der einen Seite antikommunistische „Barbaren“ gibt, gibt es auch Militante wie die Autonomen KommunistInnen, die sich mit kommunistischer Tradition, wie sie sie verstehen, identifizieren. Sie wollen bei der Stasi-Hexenjagd des Vierten Reichs nicht mitmachen. Der „Deutsche Herbst“ 1976 und die staatliche Jagd auf die RAF ist noch zu gut in ihrer Erinnerung. Doch „autonom“ und Kommunist zu sein, sind zwei Paar Schuhe. Wenn man nicht für den Aufbau einer leninistischen Avantgardepartei kämpft, die die Arbeiter und Immigranten für ihre Klasseninteressen organisiert, sondern im autonomen Sumpf bleibt, wird man zwangsweise ins Fahrwasser der Sozialdemokratie getrieben.

Ideologie des Lumpenproletariats

Bereits am Anfang der autonomen Bewegung, im Winter 1981, entschied der West-Berliner BesetzerInnenrat, daß die Autonomen mit Aktionen gegen sowjetische und polnische Fluglinienbüros reagieren sollten, als die klerikale, antisemitische Solidarność zur Macht im Arbeiterstaat Polens griff, was die Stalinisten kalt stoppten. Das ist im übrigen die *einzig* Gewerkschaft, die von Autonomen geliebt wird – und das haben sie mit Reagan gemeinsam.

Das lumpenproletarische Jugendmilieu schoß in den 70er und 80er Jahren wie Pilze aus dem Boden, da der Klassenkampf ausblieb und die Macht des westdeutschen Proletariats durch seine reformistischen Irreführer gefesselt blieb. *Aber der Lebensstil der Autonomen hängt zu einem großen Teil von Almosen des bürgerlichen Staats ab.* Bafög und Sozialhilfe sind die Staatsknete, auf deren materiellen

Grundlagen hauptsächlich die Kreuzberger Idylle existierte, die außerdem noch von der Mauer geschützt blieb.

Die Autonomen setzen die Arbeiterklasse mit der SPD-Führung gleich – das ist Musik in Engholms Ohren. Ihre Strategie von Straßenschlachten ist nicht wirklich entgegengesetzt zur Volksfrontpolitik von „keine Gewalt“, sondern nur die Kehrseite der Strategie des Druckausübens auf den bürgerlichen Staat.

„Autonom“ vom Arbeitsprozeß und der organisierten Arbeiterbewegung ist ihre Politik Ausdruck lumpenproletarischer Verzweiflung und des Nihilismus. Daher gibt es in diesem Milieu oft eine enge Verstrickung mit Kriminalität, man findet fließende Übergänge von den Autonomen zu den Skinheads, sowohl den offen faschistischen wie auch den „Redskins“. „Autonome Barbaren für Selbstorganisation statt Sozialismus“, dieser Name steht für ein ganzes Programm.

„Kalt erwischt“

„Natürlich sind auch Autonome in der BRD durch die Entwicklungen in der DDR in den Jahren 1989/90 kalt erwischt worden...“ (Geronimo u.a., *Feuer und Flamme* 2, 1992). Natürlich, weil „Geronimo“ nur das stalinistische bürokratische Regime und sein Spießertum anklagt. Das Spießigste ist vielleicht für ihn, daß es im Arbeiterstaat DDR Arbeit für alle gab. Die Enteignung der Bourgeoisie, die Errichtung einer Planwirtschaft und ihre Errungenschaften wie Kinderkrippe oder Gesundheitsversorgung läßt er beiseite.

Als 1989/90 viele in der DDR für einen „anderen Sozialismus“ auf die Straße gingen, haben wir unseren Kampf für politische Revolution vorwärtsgetrieben, für ein rotes Rätedeutschland. Wir waren imstande, nach der faschistischen Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Treptow eine Massenkundgebung von 250 000 Werktätigen zu initiieren, die die Präsenz der Sowjetarmee verteidigte. Gegen die anschließende wütende Kampagne von Bourgeoisie und SPD, die den kapitalistischen Anschluß durchpeitschten, haben wir bedingungslos gegen die Wiedervereinigung gekämpft.

Während autonome Gruppen am 3. Oktober 1990 nur „Deutschland, halt's Maul“ rufen konnten, hängt unser Kampf gegen die Faschisten mit unserem Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung eng zusammen. Die kapitalistische Konterrevolution hat den Nationalismus und damit die Nazis entfesselt. Jetzt müssen wir im Vierten Reich gegen ihre Folgen kämpfen.

Diese kapitalistische Offensive schreit nicht nach Zersplitterung der Betroffenen, sondern nach einer leninistischen Avantgardepartei, als wirklichem Volkstribun, die die Macht der Arbeiterklasse mobilisiert, um die Interessen aller Unterdrückten zu vertreten. Große Kämpfe der Arbeiter und Jugend stehen uns bevor. Sozialismus oder Barbarei: dafür gibt es keinen gemeinsamen „autonomen“ Nenner. ■

Stoppt Abschiebungen...

Fortsetzung von Seite 4

aufzuräumen. Andere schließen sich Telefonketten zur Mobilisierung gegen Nazi-Überfälle oder Wachen vor Flüchtlingswohnheimen an, wie sie zum Beispiel von SOS Rassismus organisiert werden, die sich im Ernstfall auf die Bullen verlassen. In all diesen Fällen fehlt ihnen die soziale Macht der schweren Bataillone der Arbeiterklasse.

In einigen Orten haben Gewerkschaften „Patenschaften“ für naheliegende Wohnheime oder, wie bei Hoesch in Dortmund, Telefonketten organisiert, um bedrohte eingewanderte Kollegen zu schützen. Dies ist ein Anfang, *aber dringend notwendig sind entschlossene, organisierte Arbeiterschutzgruppen vor den Wohnheimen und massive Arbeiter/Immigranten-*

mobilisierungen, um faschistische Provokationen zu verhindern.

Der Anschluß hat dem Nazi-Terror einen ungeheuerlichen Aufschwung verschafft. Die SpAD wurde im kompromißlosen Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und den Ausverkauf der DDR durch SED/PDS aufgebaut. Der Kampf gegen den Faschismus muß mit einem breiten Verteidigungskampf der Arbeiter gegen die Zerstörung durch die kapitalistische Reaktion verbunden werden – vom Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit bis zur Verteidigung der Frauen und Minderheiten. Um die Faschisten endgültig zu zerschlagen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die dieser Brut ein für alle Mal den Boden entzieht. Die SpAD kämpft dafür, Arbeiter, Immigranten, Flüchtlinge und Jugendliche zu gewinnen für den Aufbau einer revolutionären Partei, um die sozialistische Revolution zum Sieg zu führen. ■

Trotzkisten sagen: Die Verteidigung der DDR war kein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf Der Schauprozeß gegen Erich Honecker



Burkhard Lange

Spartakisten und andere protestierten gegen Honeckers Einlieferung in das Moabiter Gefängnis, wo er schon unter den Nazis eingekerkert war

Es wurde angekündigt als „Jahrhundertprozeß“ oder zumindest der spektakulärste in Deutschland seit den Nürnberger Prozessen 1945/46 gegen frühere Naziführer. Nur würde dieses Mal der Kommunismus vor Gericht gestellt und zu einem verbrecherischen System erklärt werden. Statt dessen ist

Teil eins von zwei

daraus ein Schauspiel von Siegerjustiz geworden, die von den Herren des wiedervereinigten Deutschlands ausgeübt wird; von kapitalistischer Klassenjustiz gegen die führenden Repräsentanten des ehemaligen ostdeutschen deformierten Arbeiterstaats; von Rachejustiz des Vierten Reichs des deutschen Imperialismus, den die Niederlage des Dritten Reichs 1945 durch die sowjetische Rote Armee immer noch schmerzt. Und wie selbst die bewährten Hexenjäger des *Spiegel* vorhersagten, ist daraus eine „Justiz-Farce“ geworden.

Der lang erwartete Prozeß sollte als eine Moritat dienen, als eine Abrechnung mit der DDR und als eine Aufarbeitung und Bewältigung ihrer Geschichte. Auf der Anklagebank saßen bei der Eröffnung des Verfahrens am 12. November 1992 sechs führende Repräsentanten der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: an der Spitze Erich Honecker, ehemaliger Vorsitzender des DDR-Staatsrats, des Nationalen Verteidigungsrats und der Sozialistischen Einheitspartei; Erich Mielke, ehemaliger Minister für Staatssicherheit; und Heinz Keßler, ehemaliger Verteidigungsminister. Man schleppte die hohen Tiere vor Gericht und mache

damit den Weg frei zur Verfolgung all der „kleinen Erichs“. Um auf Nummer Sicher zu gehen, hat man bereits ein halbes Dutzend DDR-Grenzschilder zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie angeblich einen „Schießbefehl“ ausführten, den angeblich die großen Erichs erlassen hatten.

Doch der „Rechtsstaat“ hat sich lächerlich gemacht. Wie Honeckers Anwalt Friedrich Wolff ironisch bemerkte: „Tagesordnungspunkt 1: Hereintragen des Politbüros. Tagesordnungspunkt 2: Einschalten der Herzschrümmacher.“ Honecker selbst, todkrank wegen Leberkrebs, warf dem Gericht entgegen: „Die Strafe, die Sie mir offensichtlich zudenken, wird mich nicht mehr erreichen.“ In einem Wettlauf mit dem Tod wird der „Prozeß“ von Tag zu Tag makabrer. Immer wieder diskutieren Richter und Staatsanwalt die zunehmende Größe von Honeckers Tumor, nur um immer wieder zu erklären, der 80jährige sei verhandlungsfähig. Am ersten Tag mußte der ehemalige DDR-Regierungschef Willi Stoph wegen eines Herzanfalls aus dem Fall herausgenommen werden. „Stasi“-Chef Mielke, der zusammengesunken im Gerichtssaal saß, wurde von den anderen getrennt, so daß gegen ihn aufgrund von Anklagen, die zuerst ein Nazi-Gericht erhoben hatte, verhandelt werden konnte. Bei diesem politischen Schauprozeß ist der Gerichtssaal zu einer öffentlichen Folterkammer geworden.

Am ersten Prozeßtag demonstrierte die Spartakist-Arbeiterpartei vor dem Gerichtsgebäude; Unterstützer des Erich-Honecker-Solidaritätskomitees kamen schließlich dazu. Unsere Sprechchöre „Nieder mit der antikommunistischen

Fortgesetzt auf Seite 12



Verschleppt, aber ungebrochen, verläßt Honecker die chilensische Botschaft in Moskau ^{dpa}

Honecker...

Fortsetzung von Seite 11

Hexenjagd! Freiheit für Honecker und Mielke!“ und „Nazis raus!“ wurden in den Medien breit und ausführlich berichtet und waren im Gerichtssaal zu hören. Die SpAD hatte Plakate wie „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime“ und „Stalinismus ist tot, der Kommunismus lebt“. Unsere Presseerklärung zog die Verbindung, daß dieser Hexenjagd-Prozeß und die Nazi-Pogrome sowie die geplante Massenabschiebung von Roma das scheußliche Antlitz der Konterrevolution sind, das Produkt der kapitalistischen Wiedervereinigung unter der Führung von Kohl gemeinsam mit den Sozialdemokraten:

„Für das ‚Verbrechen‘, die DDR verteidigt zu haben, hat die SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach jetzt Honecker ins Moabiter Gefängnis geworfen, wo der antifaschistische Widerstandskämpfer schon von der Gestapo eingekerkert worden war...“

Die revolutionäre Arbeiterklasse an der Macht würde ihre eigene Rechnung mit den Stalinisten zu begleichen haben für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, einschließlich des Ausverkaufs der DDR. Aber das geht die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Handlanger nichts an.“

Heute wollen überlegtere Elemente der Bourgeoisie wie *Der Spiegel* und Reformisten wie die PDS den Honecker-Prozeß abblasen, bevor der „Rechtsstaat“ sich weiter diskreditiert. Die „alternativen“ Antikommunisten von der *taz* schlugen eine Prozession von Experten vor, „zur Kultivierung des weiterhin notwendigen Verfahrens“. Die Angeklagten werden des Totschlags in 13 Fällen beschuldigt, wo Personen beim Versuch getötet wurden, die Grenze nach Westen zu überqueren. Sie sind angeblich „Schreibtischtäter“, die Hintermänner, die die Tötungen anordneten. Doch nach zweijährigem Durchwühlen von DDR-Archiven ist die Staatsanwaltschaft auf keinen Schießbefehl gestoßen, erst recht nicht auf einen Befehl zum Todesschuß.

Aus Sorge, das Beweismaterial reiche nicht für einen Schuldspruch, überreichten die Staatsanwälte Honecker eine neue Anklageschrift, wo sie ihn beschuldigen, fast 5 Millionen D-Mark in Luxuswohnviertel für die SED-Führung abgezweigt zu haben. Mit treudeutscher Gründlichkeit wollen die Behörden offensichtlich, daß der Honecker-Prozeß sogar über seinen Tod hinaus weitergeht! Doch trotz all des Medienrummels ist ein Großteil der Bevölkerung gegen den Prozeß. Heute sind die Ostdeutschen, wie der Londoner *Guardian* (11. November 1992) bemerkte, „mehr besorgt über ihre verlorene Arbeitsplätze und steigenden Mieten, und viele halten Kanzler Kohl und andere westliche Politiker für die ‚wirklichen Verbrecher‘“.

Honecker klagt seine Ankläger an

Vor seinen Anklägern hat Honecker Würde und Unbeugsamkeit gezeigt. Als er am 3. Dezember 1992 den Raum 700 des Moabiter Gerichtsgebäudes betrat, wo diese Schau abgezogen wird, grüßte er mit geballter Faust, und danach verlas er dem Gericht eine einstündige Erklärung. Er fragte: „Warum führt man mich und meine Genossen ... dem Volke vor, wie einst die römischen Cäsaren ihre gefangenen Gegner vorführten?“ John F. Kennedy, Lyndon Johnson und Richard Nixon wurden nicht vor Gericht gezogen, weil sie US-Truppen nach Vietnam schickten, erklärte er, auch Ronald Reagan nicht, weil er sich Grenadas bemächtigte und Libyen bombardierte, auch George Bush nicht, weil er in Panama einfiel. „Die Verfolgung von Zehntausenden und unter Umständen Hunderttausenden DDR-Bürgern, von denen die Staatsanwaltschaft jetzt schon spricht, ist das Ziel dieses Verfahrens“, bemerkte Häftling 244/92.

Dieses „Gericht der Sieger über uns Besiegte“, sagte der ehemalige ostdeutsche Führer, hofft, „die DDR ... total zu diskreditieren“ und Kommunisten zu kriminalisieren. Ziel des Prozesses: „den totgesagten Sozialismus noch einmal zu töten“. „Total sollen der Sieg der Marktwirtschaft (wie man den Kapitalismus heute euphemistisch nennt) und die Niederlage des Sozialismus sein. Man will, wie es Hitler einst vor Stalingrad sagte, daß dieser Feind sich nie mehr erheben wird“. Die deutschen Kapitalisten hatten eben immer schon einen Hang zum Totalen.“ Und weiter: „Der Prozeß soll die Grundlage für die Brandmarkung der DDR als ‚Unrechtsstaat‘ bilden. Ein Staat, der von solchen ‚Verbrechern‘ wie uns, von ‚Totschlägern‘ regiert wurde, kann nur ein ‚Unrechtsstaat‘ sein. Wer ihm nahestand, wer ein pflichtbewußter Bürger der DDR war, soll mit einem Kainszeichen gebrandmarkt werden.“

Die kapitalistischen Herrscher werden nicht vor Gericht gestellt, weil sie Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit hervorrufen, bemerkte Honecker und verwies auf die Angriffe der siegreichen Bourgeoisie auf Krippen und Kindergärten, Arbeitsbedingungen, Gesundheitsversorgung und Gleichstellung der Frauen. Während heute er und seine Genossen, langjährige Antifaschisten, vor Gericht stehen und Juden verhaftet werden, weil sie gegen das Pogrom in Rostock protestieren, toben Nazi-Gangs durch die Straßen und überfallen und ermorden Immigranten, wie in Mölln. „Ich habe für die DDR gelebt“, faßte Honecker zusammen. „Sie hat ein Zeichen gesetzt, daß Sozialismus möglich und besser sein kann als Kapitalismus. Sie war ein Experiment, das gescheitert ist.“ Nachdem er die Anklage gegen seine Ankläger beendet hatte, sagte der Gefangene zu denen, die über ihn richten: „Tun Sie, was Sie nicht lassen können.“

Wütend darüber, daß es dem ehemaligen DDR-Führer erlaubt war, ihren Staat anzugreifen, klagte das Sprachrohr der Frankfurter Bankiers, „der Gerichtsvorsitzende hätte ihn wenigstens zum Straffen anhalten sollen.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Dezember 1992).

Erich Honecker war nicht der einzige Angeklagte, der

sich gegenüber den kapitalistischen Inquisitoren in schwarzen Roben behauptete. Der ehemalige Verteidigungsminister Heinz Keßler erklärte, er habe nie die Erschießung von Flüchtenden befohlen und „keine strafrechtlichen Taten im Sinne der Anklage“ begangen. Während die Anklagen von der Mauer als einer „innerdeutschen Grenze“ sprechen, bemerkte Keßler, daß dies die Frontlinie des Sowjetblocks (Warschauer Pakt) zur NATO war. Alle Maßnahmen seien „mit den anderen Staaten des Warschauer Paktes abgestimmt worden“, sagte er und fügte hinzu, daß er die Würde und Ehre als Bürger der ehemaligen DDR so lange verteidigen werde, wie seine Kraft reicht. Die Herrscher des Vierten Reichs haben besonderen Haß auf Keßler, weil er mit der Roten Armee gegen Hitlers Wehrmacht kämpfte. Für uns ist dies ein Zeichen der Ehre.

Obwohl sich Honecker weigerte, vor den Richtern auf die Knie zu gehen, und er Grundwahrheiten aussprach über das kapitalistische System, das sie vertreten, zeigte dieser reuelose Stalinist, daß er, wie die Bourbons, „nichts vergessen und nichts gelernt“ hatte aus dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft. Sozialismus ist kein „Experiment“, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes. Und die DDR war kein Sozialismus, sondern ein Arbeiterstaat, der bürokratisch beherrscht wurde von einer privilegierten Kaste, die danach strebte, nicht die Revolution international auszuweiten, sondern „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus zu erreichen. Nicht das „sozialistische Experiment“ ist gescheitert; die nationalistische Lüge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ (und um so mehr in einem Drittel eines Landes) war eine Perversion des internationalistischen Marxismus und zum Scheitern verurteilt,

oder zu einem politischen revolutionären Aufstand des Proletariats. Für die Kapitalisten ist jede Art von Arbeiterstaat eine tödliche Bedrohung.

Honecker ist so verblendet von friedlicher Koexistenz, daß er sich in seinem Plädoyer für „die Ideen des Sozialismus“ nur ein einziges Mal auf den Klassenkampf bezieht, und zwar um die Bourgeoisie anzuklagen, sie kehre zurück zur „alten Klassenkampfstrategie der 30er Jahre“! Dies spitzt sich zu bei der Frage der Berliner Mauer. Honecker widmete zwar einen Großteil seiner Gerichtserklärung der Verteidigung der Mauer, doch seine Linie war im wesentlichen, die Mauer habe Entspannung möglich gemacht, weil sie die Kalten Krieger davon abgehalten habe, einen atomaren Weltkrieg auszulösen. Dies bringt Honecker – bei all seinen Beschwerden über seine Politbüro-Kollegen, die ihm in den Rücken gefallen seien – letzten Endes dazu, indirekt die kapitalistische Wiedervereinigung zu unterstützen:

„Aus meiner Sicht hätte es weder den Grundlagenvertrag noch Helsinki, noch die Einheit Deutschlands gegeben, wenn damals die Mauer nicht gebaut oder wenn sie vor der Beendigung des Kalten Krieges abgerissen worden wäre.“

In seiner Broschüre *Erich Honecker zu dramatischen Ereignissen* (1992), sagt er: „Der Versuch, die innere Einheit herzustellen, darf nicht durch den Feldzug von ‚Siegern‘ zu ‚Besiegten‘ belastet werden.“

Im Gegensatz dazu haben wir Trotzlisten festgestellt, daß die Mauer eine bürokratische Maßnahme zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften des deformierten Arbeiterstaats war. Genau deshalb hat die Bourgeoisie sie

Fortgesetzt auf Seite 28

Dirk Schubert

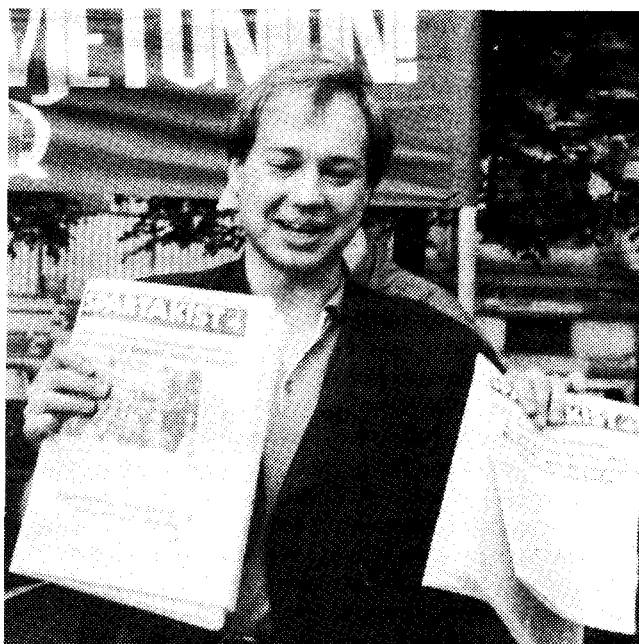
Unser Genosse Dirk Schubert starb im Dezember 1992 im Alter von 27 Jahren. Nach Mitgliedschaft in den Spartakist-Gruppen, die von der Trotzlistischen Liga Deutschlands (TLD, einer Vorläuferorganisation der Spartakist-Arbeiterpartei) während der im Entstehen begriffenen politischen Revolution in der DDR 1989/90 aufgebaut wurden, trat er am 2. März 1990 in die SpAD ein. Er gehörte zu einer Schicht von jungen Arbeitern und Arbeiterinnen, die zu uns kamen. Dirk schrieb in seiner Eintrittserklärung: „Mein Ziel ist es, für die internationale Einführung des Sozialismus zu kämpfen, indem ich meinen Beitrag in die SpAD eingebe. Dabei will ich mich auf den Kurs von Marx, Liebknecht, Luxemburg, Lenin und Trotzki berufen und dementsprechend handeln.“

Während unserer Kampagne für die Volkskammerwahl im März 1990 kämpfte Dirk als Spartakist und Mitglied der DDR-Wahlkommission für das Recht unserer Partei, an der Wahl unter der Losung „Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung“ teilzunehmen. Später war es seine Hauptaufgabe in unserer Partei, in der Versandabteilung zu arbeiten.

Dirk teilte die Geschichte von Millionen DDR-Arbeitern, deren Existenzgrundlage von der kapitalistischen Konterrevolution vernichtet worden ist. Eine chronische Krankheit, unter der er litt, verschlechterte sich durch die Arbeitslosigkeit, die die deutsche Bourgeoisie des Vierten Reichs von der Elbe bis zur Oder verursacht hat.

Dirk las besonders gerne, Heine und Balzac waren unter seinen Lieblingsautoren. Mit Heine hätte Dirk sagen können:

Weil ich so ganz vorzüglich blitze, / Glaubt Ihr, daß ich nicht donnern könnt! / Ihr irrt Euch sehr, denn ich besitze / Gleichfalls fürs Donnern ein



Spartakist

Talent. / Es wird sich grausenhaft bewähren, / Wenn einst erscheint der rechte Tag; / Dann sollt Ihr meine Stimme hören, / Das Donnerwort, den Wetterschlag. / Gar manche Eiche wird zersplittern / An jenem Tag der wilde Sturm, / Gar mancher Palast wird erzittern / Und stürzen mancher Kirchenturm!

Diesen Kommunisten, der so tragisch jung starb, werden wir schmerzhaft vermissen, und wir bekräftigen noch einmal die Ideale, für die er eine allzu kurze Zeit in unserer Partei kämpfte.



Spartacist

IKL-Banner vor der Januar-Konferenz sowjetischer Offiziere in Moskau: „Nein zur Restauration des Kapitalismus! Ja zu den Errungenschaften des Oktober!“

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 1

Sowjetunion verbreitet wurde, schrieben wir, daß durch Arbeitermobilisierungen der konterrevolutionäre Haufen auf den Jelzin-Barrikaden weggeräumt werden mußte, was den Weg zur proletarisch-politischen Revolution freigegeben hätte. Zum Ergebnis von Jelzins Sieg schrieben wir damals:

„Der erste Arbeiterstaat in der Geschichte ist schwer angeschlagen, nachdem er jahrzehntlang durch stalinistische Mißwirtschaft ausgehöhlt und unterminiert wurde. Die Staatsmacht ist zerbrochen, die Kommunistische Partei – ihr bürokratischer Kern – in Scherben und verboten, und die multinationale Union zerreißt, da eine Republik nach der anderen ihre Abspaltung erklärt.

Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest...* Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte ... die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern.“ (*Spartakist* Nr. 89, September 1991)

In der Zwischenzeit hat es keine entscheidende Aktion gegeben, um diese Konsolidierung zu stoppen. Politisch atomisiert durch beinahe 70 Jahre stalinistischer Vereinnahmung des gesamten politischen Lebens und paralytisiert durch die von der CIA unterstützten „freien Gewerkschaften“, die auf Jelzins Seite stehen, sowie durch das bösartige chauvinistische Gift der zahlreichen stalinistischen Überbleibsel, ist die multinationale sowjetische Arbeiterklasse von der konterrevolutionären Sturmflut überwältigt worden. Das Jelzin-Regime nutzte diese Situation dazu aus, um alles niederzureißen, was auch nur im geringsten an den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat erinnern könnte, und um Schritt für Schritt die Konsolidierung der Konterrevolution durchzudrücken. Quantität ist jetzt in Qualität umgeschlagen.

Aber die Situation kann nicht lange so bleiben, wie sie jetzt ist. Damit Jelzin und die anderen restaurativen Kräfte ein stabiles kapitalistisches Regime festigen können, ist wahrscheinlich eher früher als später eine blutige Abrechnung zu erwarten, die den Massen signalisiert, daß es eine neue Ordnung gibt. Wenn die Kämpfe von der Verzweiflung getriebenen Arbeitern ausbrechen, und sogar wenn es nicht dazu kommt, werden die im Entstehen begriffenen bürgerlichen Kräfte dazu übergehen, mit der eisernen Faust

eines „starken Staates“ ihre Ordnung zu schaffen. Die kürzliche brutale Niederschlagung des Streiks der Fluglotsen unter Einsatz der russischen OMON-Spezialmiliz ist ein Vorgeschmack darauf, mit welcher Entschlossenheit die Möchtegern-Ausbeuter jeglichen Widerstand in der Arbeiterklasse unterdrücken wollen. Die ansteigende rassistische Hysterie gegen Menschen aus Zentralasien und dem Kaukasus in russischen Großstädten schafft ein Klima für Pogrome. Angesichts von ethnischen Konflikten, die an einem Dutzend Fronten an der Peripherie der Russischen Republik brodeln – vom Baltikum über Abchasien in Georgien und den Transdnjestr in Moldawien bis zu dem seit langem bestehenden nationalistischen Bürgerkrieg zwischen Armeniern und Aserbaidschanern im Kaukasus –, ist die Möglichkeit eines brudermörderischen Blutbads wie in Jugoslawien nur allzu real.

Der sowjetische Arbeiterstaat – der einst als Leuchtfeuer für die Ausgebeuteten und Unterdrückten dieses Erdballs diente, der Hitlers Holocaust-Maschinerie zerstörte, der jahrzehntlang den US-Imperialismus daran gehindert hat, sein Atomwaffenarsenal gegen die halbkolonialen Völker dieser Welt zu richten – ist tot. Aber der Klassenkampf ist nicht tot. Die entstehenden bürgerlichen Staaten in Rußland, der Ukraine und anderswo sind zerbrechlich, isoliert und im Inneren zersplittert. Sie können sich nicht auf das solide Fundament einer zusammengewachsenen kapitalistischen Klasse stützen. Die neuen Unternehmer bestehen aus kaum mehr als Kleinspekulanten und Mafia-Banden, während Teile der alten industriellen Hierarchie der Betriebsleiter zunehmend ihr Gewicht in die Waagschale werfen. Die Streitkräfte sind verbittert und demoralisiert.

Die einzige Sache, die in der Ex-UdSSR heute sicher ist, ist die steigende Unsicherheit und Instabilität. Am Vorabend der Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten am 1. Dezember wird Moskau überschwemmt mit Gerüchten über Putsche, Gegenputsche und „schleichende Putsche“. In der Zwischenzeit führt Jelzin erbitterte Verhandlungen mit Arkadi Wolski, dem Kopf der mächtigen Partei der Industriellen, die verbündet ist mit dem militaristischen russischen Vizepräsidenten Alexander Ruzkoj. Wie unbeständig die gegenwärtige Situation ist, zeigte sich kürzlich beim Wahlsieg der exstalinistischen Demokratischen Arbeiterpartei in Litauen, die die rechte nationalistische Sajudis-Bewegung aus dem Amt verdrängt hat. Es hat nicht lange gedauert, bis die Realitäten der kapitalistischen Verelendung der nationalistischen Euphorie das Wasser abgegraben haben,



Blutige ethnische Konflikte, geschürt durch fortschreitende Konterrevolution. Links: Begräbnis eines armenischen Arbeiters, massakriert in Jerewan

Der Spiegel

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 15

verarbeiten. Seit 1917 hat die Sozialdemokratie ihren bürgerlichen Herren dadurch gedient, daß sie den imperialistischen Revanchismus bei seinem Versuch der Zerstörung der Errungenschaften des Oktober direkt unterstützt und legitimiert hat. Seit die stalinistische Bürokratie 1923/24 auf Kosten der sowjetischen Arbeiterklasse durch eine politische Konterrevolution an die Macht gekommen ist, hat sie eine erstickende Isolierung über den ersten Arbeiterstaat verhängt und eine internationale revolutionäre Gelegenheit nach der anderen unterdrückt. Im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ haben die Stalinisten – durch Terror und Lügen – methodisch jeden Aspekt des revolutionären und internationalistischen Bewußtseins, das die sowjetische Arbeiterklasse zur Vorhut des Weltproletariats gemacht hatte, angegriffen und ausgehöhlt.

Der isolierte Arbeiterstaat sah sich dem unablässigen Druck des Imperialismus ausgesetzt, nicht nur durch militärische Umzingelung und ein Wettrüsten mit dem Ziel, die sowjetische Wirtschaft in den Bankrott zu treiben, sondern auch durch den Druck des imperialistischen Weltmarkts. Wie Trotzki in „Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale“ schrieb, „bildet die nächstliegende Bedrohung der Sowjetwirtschaft nicht so sehr eine militärische Intervention als eine Intervention der billigeren kapitalistischen Ware“. Obwohl die Planwirtschaft ihre Überlegenheit über die kapitalistische Anarchie während ihrer Periode des extensiven Wachstums bewies, unterminierte der bürokratische Würgegriff die Wirtschaft mehr und mehr, als die Notwendigkeit von Qualität und intensiver Entwicklung in den Vordergrund rückte. Letztendlich öffnete Gorbatschow, mit seinen „Marktformen“ im Rahmen der Perestroika und mit seiner Zustimmung zur Wiederherstellung des Kapitalismus in ganz Osteuropa, einem direkten konterrevolutionären Ansturm von Jelzin & Co. Tür und Tor.

Die Bourgeoisie wie auch die Stalinisten haben lange versucht, Lenins Oktober mit Stalins konservativer bürokratischer Herrschaft zu identifizieren. Aber nationalistischer Stalinismus ist die Antithese zum leninistischen Internationalismus. Der sowjetische degenerierte Arbeiterstaat (und die deformierten Arbeiterstaaten, die später auf der Basis des stalinistischen Modells entstanden) war eine historische Anomalie, ein Resultat der Isolierung des wirtschaftlich rückständigen Rußland und des Fehlschlagens der Ausweitung der proletarischen Revolution auf die fortgeschrittenen imperialistischen Länder. Der Stalinismus war ein Hindernis für Fortschritte in Richtung Sozialismus. Wie Trotzki in „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“ (25. November 1937) geschrieben hat:

„Das, was einst nur eine ‚bürokratische Verzerrung‘ war, schickt sich an, den Arbeiterstaat mit Haut und Haaren zu verschlingen und auf den Trümmern des nationalisierten Eigentums eine neue besitzende Klasse auszusondern. Eine solche Möglichkeit ist in drohender Nähe gerückt.“

Wenn auch das stalinistische Regime in der Lage war, als Ergebnis des heroischen Sieges der sowjetischen Massen über die Nazi-Invasion im Zweiten Weltkrieg seine Existenz zu verlängern, ist Trotzki's marxistische Analyse unglücklicherweise negativ bestätigt worden.

Warum ist die sowjetische Arbeiterklasse nicht aufgestanden, um ihre Errungenschaften zu verteidigen? Wie hat die Konterrevolution triumphiert und den Arbeiterstaat ohne einen Bürgerkrieg zerstört? Trotzki polemisierte in seinem schöpferischen Werk von 1933, in dem er die Perspektive einer proletarisch-politischen Revolution dargelegt hat, gegen Sozialdemokraten und die Vertreter verschiedener Theorien einer „neuen Klasse“, die behaupteten, daß die Sowjetunion unter Stalins Herrschaft unmerklich von einem Arbeiterstaat in einen bürgerlichen Staat übergegangen sei, ohne daß entweder der Staatsapparat oder die Eigentumsformen irgendwelchen grundlegenden Umwandlungen unterworfen waren:

„Die marxistische These vom katastrophischen Charakter des Übergangs der Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gilt nicht nur für revolutionäre Perioden, wenn die Geschichte mit Riesenschritten vorwärts eilt, sondern auch für konterrevolutionäre Perioden, wenn die Gesellschaft in ihrer Entwicklung zurückgeworfen wird. Wer also behauptet, der Sowjetstaat habe sich *allmählich* von einem proletarischen zu einem bürgerlichen Staat gewandelt, spult nur den reformistischen Film in umgekehrter Richtung ab.“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“, 1. Oktober 1933)

Die soziale Konterrevolution in der Ex-UdSSR fand nun wirklich nicht schrittweise oder unmerklich statt, sie ist im ganzen ehemaligen Sowjetblock extrem gewalttätig und von Erschütterungen begleitet. Trotzki hat jedoch auch die *Prognose* formuliert, daß für die Wiederherstellung des Kapitalismus in der Sowjetunion und für die Rückgängigmachung der proletarischen Revolution ein Bürgerkrieg notwendig sein würde.

In einer weitreichenden Diskussion in der IKL vor zwei Jahren über die konterrevolutionären Umwälzungen in Osteuropa und der DDR wurde festgestellt, daß Trotzki die Analogie zwischen einer sozialen Revolution in einer kapitalistischen Gesellschaft und einer sozialen Konterrevolution in einem deformierten Arbeiterstaat überzogen hatte (siehe Joseph Seymour: „Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa“, und Albert St. John: „Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete“)

tete Perspektive“, *Diskussionsbulletin* Nr. 14 der SpAD, Januar 1991). Während die Kapitalisten das direkte Eigentum über die Produktionsmittel ausüben und deshalb gezwungen sind, dem Umsturz ihres Systems mit Gewalt entgegenzutreten, um ihr Eigentum zu verteidigen, beruht die Erhaltung der proletarischen Macht im Kern auf dem *Bewußtsein* und der *Organisation* der Arbeiterklasse.

Trotzki selbst betonte diesen Punkt in seinem 1928 geschriebenen Artikel „Und nun?“ (in *Die III. Internationale nach Lenin*):

„Der sozialistische Charakter unserer Staatsindustrie ... wird in entscheidender Weise von der Rolle der Partei, den freiwilligen Verbindungen innerhalb der proletarischen Avantgarde, der bewußten Disziplin der Ökonomen, der Gewerkschaftskämpfer und der Mitglieder der Betriebszellen bestimmt.“

Und in „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“ (1. Februar 1935) stellte er fest: „*Im Unterschied zum Kapitalismus entwickelt sich der Sozialismus nicht automatisch,*
Fortgesetzt auf Seite 18

Sowjetischer Unterstützer der IKL über den Tod der UdSSR

„Die Zerstörung des Bewußtseins der Arbeiter war entscheidend“

Nachfolgend veröffentlichen wir eine Übersetzung der Bemerkungen von Wolodja K. auf der zweiten Internationalen Konferenz der Internationalen Kommunistischen Liga.

Ich denke, der entscheidende Grund für die Zerstörung des sowjetischen Arbeiterstaats ist die Zerstörung des Bewußtseins des Proletariats gewesen, eine Entwicklung, die mit Stalins Ausrottung der Linken Opposition von Leo Trotzki begann, die das Bewußtsein der Arbeiterklasse verkörperte. Die Tragödie besteht darin, daß der Zusammenbruch stalinistischer Kontrolle nicht von der Arbeitklasse für ihre eigenen Ziele ausgenutzt wurde, sondern von der Bourgeoisie für deren eigene Zwecke, Ziele, für die sie heute eigentlich sehr wenig Unterstützung hat.

Im August 1991 sahen wir einige entscheidende Ereignisse. Die Frage stellte sich: ob die Bourgeoisie, oder, vielleicht genauer ausgedrückt, Teile der stalinistischen Bürokratie, die einen Todesstoß erhielt, die Konsolidierung eines bürgerlichen Staats in die Tat umsetzen würde, oder ob die Arbeiterklasse für ihre eigenen Interessen eingreifen würde. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Arbeiterklasse die Gelegenheit nutzen können, die Macht zu ergreifen, aber statt dessen bildete die „rot-braune Koalition“ ein Hindernis dazu – die „rot-braune Koalition“, die keineswegs gegen die Konterrevolution ist, sondern statt dessen gegen die Liberalisierung der stalinistischen Herrschaft.

In dieser Situation, wie Trotzki vorhersagte, war kein Teil der Bürokratie imstande, sich der Restauration des Kapitalismus entgegenzustellen. Statt dessen manövrierten sie einfach, um den besten Platz bei der Restauration des Kapitalismus einnehmen zu können. Es ist sehr wichtig anzuerkennen, daß in der Sowjetunion ein bürgerlicher Staat errichtet worden ist. Aber es ist auch wichtig zu verstehen, daß dieser alles andere als stabil ist, er ist sehr schwach. Dies stellt eine Übergangszeit dar, aber ein Übergang wohin?

Heute gibt es eine massive Opposition gegen die Periode nach dem Gegenputsch. Die Verelendung und die Verarmung der Bevölkerung ruft den größten Haß auf Jelzin hervor, aber es gibt keine linke Opposition, um dies zu lenken. Die Opposition, die heute existiert, tritt nur für einen starken Staat ein. Sie teilen die Auffassung, daß Kommunismus eine unmögliche Utopie sei. Sie orientieren sich auf einen starken Staat, einen starken Staat auf der Grundlage des Kapitalismus.

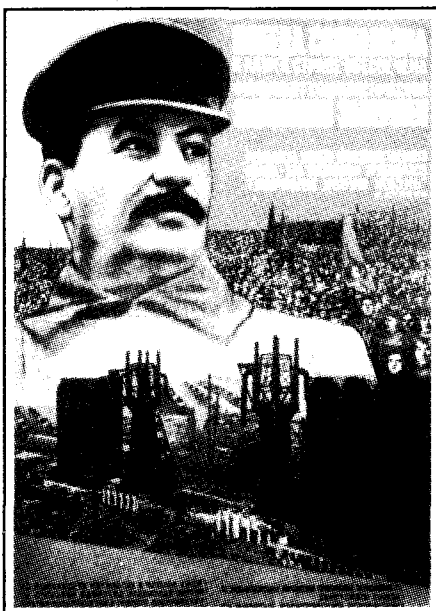
Aber da das Jelzin-Regime unfähig ist, einen stabilen

Kapitalismus einzuführen, ist die Bourgeoisie sehr schwach. Schwach, weil sie ohne Unterstützung durch Kapital ist. Der einzige Weg, wie ein starker Kapitalismus errichtet werden kann, ist durch Nationalismus und brutale arbeiterfeindliche Repression, wie wir es gerade in Verbindung mit den Fluglotsen gesehen haben. Die Schaffung dieser Nationalen Rettungsfront, von der die Genossen wissen – sollte diese Front an die Macht kommen, würde das einen weiteren entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse darstellen.

Alle diese Stalinisten, die denken, sie seien es, die die Nationalisten, die sogenannten „Patrioten“, in einem vorübergehenden Block manipulieren – ein Block, mit dem sie nur die Zeit vor die Perestroika zurückdrehen können –, machen sich Illusionen. In Wirklichkeit bahnt das, was sie tun, der Errichtung einer korporativen oder faschistoiden Diktatur den Weg. Es ist eine sehr gefährliche Illusion, sich weiszumachen, es gäbe jetzt auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion Kräfte, die gegen diese Konterrevolution kämpfen können. In Wirklichkeit täuschen sich alle diese Koalitionen in der Tatsache, daß sie dann, nachdem die Nationale Rettungsfront an die Macht gekommen ist, ihre eigene Macht wiedererrichten könnten. Das wiederholt die Prahlerie der deutschen KP von 1933, die sagte: „Nach Hitler wir“. Es ist eine selbstmörderische Politik.

Was ist die wirkliche Perspektive, die wir vor uns sehen? Konkret haben wir eine Aufgabe – den Kern einer revolutionären Arbeiterpartei zusammenzufügen. Dies heißt ein Kampf gegen die Kapitalisten, die existierende bürgerliche Regierung. Dies heißt eine sozialistische Revolution. Sonst, wenn wir dabei versagen, wird dort ein korporatistischer bürgerlicher Staat konsolidiert werden. Das Entscheidende ist, der Arbeiterklasse zu erklären, daß diese Politik der Unterstützung für die „Nationalpatrioten“ als zeitweilige Taktik selbstmörderisch ist. Wenn diese „Nationalpatrioten“ einmal an die Macht kommen, wird die Arbeiterklasse nichts kriegen, wird sie von diesen Leuten einen Dreck kriegen. Wenn wir mit unserer Propaganda dabei keinen Erfolg haben, dann wird die Arbeiterklasse genau dies abbekommen.

Jetzt noch ein paar Worte über den richtigen Zeitpunkt. Ich glaube, daß es vor der Vereinigung Deutschlands in der Sowjetunion eine Möglichkeit für die Intervention der IKL gab, zur Zeit, als die Debatten und Diskussionen um die wahren Helden der Sowjetunion und der Oktoberrevolution gingen, und nicht die heutige Idiotie, wie prima alles sei im Westen.



Bossu/Syigma

Stalinistische Mythen – Plakat verkündet: „Der Sieg des Sozialismus in unserem Land ist gesichert.“ Gorbatschows Ausverkauf der DDR im Namen von „Entspannung“ bahnte Konterrevolution in der UdSSR den Weg

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 17

sondern wird mit Bewußtsein aufgebaut.“

Als Trotzki diese Artikel schrieb, war die Erinnerung an die Oktoberrevolution noch ein Teil der direkten persönlichen Erfahrung der überwältigenden Masse des sowjetischen Proletariats, wenn auch schon in beträchtlichem Maße durch stalinistische Fälschungen und Verdrehungen beeinträchtigt. In den darauffolgenden Jahrzehnten hat die nationalistiche Bürokratie viel getan, um jegliches wirkliche Verständnis davon auszulöschen, was zur „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ hochstilisiert wurde. Im sowjetischen Massenbewußtsein wurde der Zweite Weltkrieg, der von den Stalinisten zum „Großen Vaterländischen Krieg“ erhoben wurde, angesichts der russisch-nationalistischen Propaganda, die Stalin während des Krieges ununterbrochen verbreiten ließ, allmählich an Stelle der Oktoberrevolution zu dem epochalen Ereignis in der sowjetischen Geschichte. Letztendlich gelang es Stalin und seinen Erben, den sowjetischen Völkern ihre nationalistische Sichtweise einzuhämmern; proletarischer Internationalismus wurde als eine obskure „trozkistische Ketzerei“ des „Exports der Revolution“ herabgewürdigt oder, wenn es hochkam, jeglichen Inhaltes beraubt, während man zynische Lippenbekenntnisse dazu abgab.

Mit Gorbatschows „neuem Denken“ – d. h. seine unterwürfigen Kapitulationen bei buchstäblich jedem imperialistischen Ultimatum – wurden selbst die Lippenbekenntnisse zu den Idealen der bolschewistischen Revolution über Bord geworfen. Die sowjetischen Soldaten, denen man gesagt hatte und die dies auch glaubten, daß sie ihre „internationalistische Pflicht“ erfüllen, wenn sie gegen die reaktionären afghanischen Mudschaheddin an der Grenze der UdSSR kämpfen, wurden danach beschimpft, sie hätten Afghanistan zu „Rußlands Vietnam“ gemacht. Gorbatschows schändlicher Abzug aus Afghanistan und sein grünes Licht zum imperialistischen Anschluß der DDR trugen dazu bei, die defätistischen Stimmungen und die Demoralisierung unter den sowjetischen Massen zu verstärken, während die sogenannten stalinistischen „Patrioten“, die Gorbatschows Konzessionen scharf angriffen, dies nur taten, um die Trommel für großrussische imperiale Ambitionen zu rühren, dabei ganz bewußt an die Zeit der Zaren anknüpfend.

Trotzdem zeigten die spontanen Streiks, die in den sowjetischen Kohlegebieten im Sommer 1989 gegen die Verwüstungen von Gorbatschows „Marktsozialismus“ ausbra-

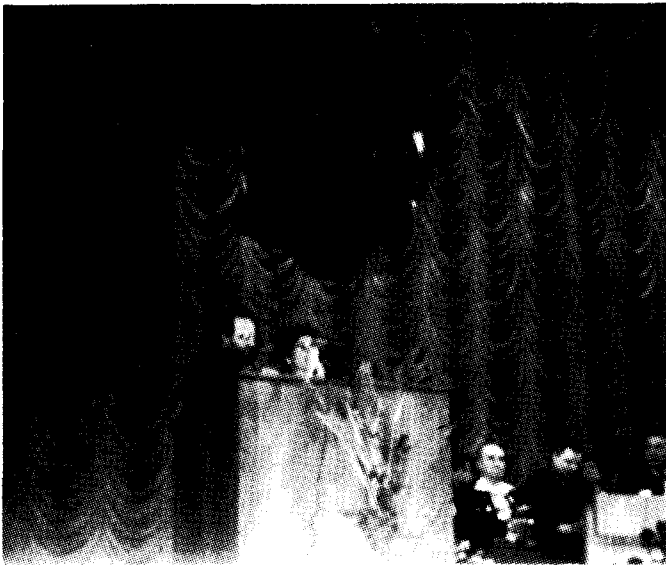
chen, auf dramatische Weise das Potential für militanten Kampf der Arbeiterklasse. Wie der russische Sozialdemokrat Boris Kagarlizki in seinem Buch „Farewell Perestrojka“ (1990) belegt hat, wurden die Streikkomitees in vielen Gebieten zu „den tatsächlichen Zentren der Macht der Bevölkerung“, indem sie die Lebensmittelverteilung organisierten, die Aufrechterhaltung der Ordnung in die Hand nahmen usw. Wie wir damals hervorgehoben haben, haben die Streiks im Kusbass „schnell Organisationsformen proletarischer Macht hervorgebracht, einschließlich Streikkomitees und Arbeitermilizen“ („Sowjetische Arbeiter zeigen ihre Kraft“, „Marktsozialismus“ in Osteuropa, August 1989).

Diese Entwicklungen zeigten die Möglichkeit authentischer Sowjets auf, die – durch Einbeziehung von Kollektivbauern, Frauen, Rentnern, Soldaten und Offizieren – als Basis für eine neue proletarische politische Macht hätten dienen und die Bürokratie durch eine politische Revolution hätten stürzen können. Als das Gorbatschow-Regime seine Versprechen gegenüber den Bergarbeitern nicht einhielt, traten proimperialistische Agitatoren, die vom amerikani-



Nickelsberg/Time

Gorbatschows Abzug aus Afghanistan, ein Verrat, ermutigte Imperialismus und demoralisierte sowjetische Massen



Spartacist-Fotos

Unsere Genossin Martha Phillips kämpfte dafür, die Oktoberrevolution zu verteidigen. Bei der Rede vor den Delegierten auf der Moskauer Arbeiterkonferenz im Juli 1991 (links) und beim Protest gegen die Schließung des Lenin-Museums (rechts)

schen Gewerkschaftsdachverband „AFL-CIA“ trainiert worden waren, auf die Bühne, füllten das Führungsvakuum und gründeten die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft, sie organisierten dadurch eine aktivistische Minderheit der Bergarbeiter als Rammbock für Jelzin.

Eine Mehrheit der Bergarbeiter und auch eine Mehrheit der gesamten sowjetischen Arbeiterklasse blieb jedoch bei der Auseinandersetzung zwischen den von Jelzin angeführten „Demokraten“, Gorbatschow und dem konservativeren Flügel der Stalinisten passiv. Die Masse der Arbeiter stand den prowestlichen Wortführern einer „Marktwirtschaft“ reserviert, wenn nicht sogar ausgesprochen feindselig gegenüber. Anders als in Polen während des Aufstiegs von Solidarność waren die Kräfte einer kapitalistischen Konterrevolution *nicht* in der Lage, die sowjetischen Massen im Namen des Antikommunismus zu mobilisieren.

Zur gleichen Zeit war die bürokratische Elite (die sogenannte Nomenklatura) total diskreditiert durch die schamlose Korruption und den Zynismus der Breschnjew-Ära. Die Appelle zur Verteidigung des „Sozialismus“, die die konservativeren Elemente des Gorbatschow-Regimes wie z. B. Jegor Ligatschow ab und zu machten, stießen auf taube Ohren. Die stalinistischen „Patrioten“, organisiert z. B. in der Vereinigten Front der Werktätigen (OFT), waren nur in der Lage, eine relativ kleine Zahl von Arbeiteraktivisten zu mobilisieren. Atomisiert und jeglicher antikapitalistischer Führung beraubt, ohne irgendein zusammenhängendes prinzipienfestes sozialistisches Klassenbewußtsein, skeptisch über die Möglichkeit von Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern, hat sich die sowjetische Arbeiterklasse nicht in Widerstandsaktionen gegen die sich anbahnende kapitalistische Konterrevolution zusammengefunden. Und wie Trotzki in „Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale“ betont hat: „Wenn eine Armee in einer kritischen Situation ohne einen Schlag aufzufangen vor dem Feinde kapituliert, so ersetzt das in der Politik wie im Kriege – vollständig – eine ‚Entscheidungsschlacht‘.“

Die Armee und die Bürokratie

Was ist also mit den bewaffneten Kräften passiert, dem Kern des Staates nach dem marxistischen Verständnis? In „Staat und Revolution“ (1917), geschrieben gegen die reformistische Sichtweise, daß die Arbeiterklasse den bürgerli-

chen Staat einfach für seine eigenen Zwecke einsetzen könnte, hat Lenin betont: „Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der *alten* Staatsmaschinerie kommandiert und regiert, sondern muß darin bestehen, daß sie diese Maschine *zerschlägt* und mit Hilfe einer *neuen* Maschine kommandiert und regiert“. In ähnlicher Weise verlangt eine soziale Konterrevolution die Zerschlagung des proletarischen Staates und die Schaffung einer neuen Staatsmaschinerie im Dienste der Bourgeoisie. Diese Aufgabe wurde enorm erleichtert durch die stalinistische politische Konterrevolution, die eine qualitative Degenerierung des Arbeiterstaats nach sich zog, der aus der Oktoberrevolution entstanden war.

Grundsätzlich unterlag das sowjetische Militär dem gleichen Druck und der gleichen Paralyse wie der Rest der Gesellschaft. Die oberste Schicht der Militärführung war andererseits ein Bestandteil der sowjetischen Bürokratie. Trotzki erklärte, daß die Bürokratie eine zerbrechliche Widersprüchliche Kaste war, die die Funktion eines Transmissionsriemens zwischen dem Arbeiterstaat und der feindlichen imperialistischen Umzingelung einnahm. Diese widersprüchliche Position brachte innerhalb der Bürokratie eine Bandbreite widersprüchlicher politischer Impulse hervor, so „daß in den Reihen der Bürokratie alle Schattierungen politischen Denkens zu finden sind: vom echten Bolschewismus (Ignaz Reiss) zum völligen Faschismus (Butenko)“ („Übergangsprogramm“). Reiss war ein führender Kader des sowjetischen Geheimdienstes, der für die Vierte Internationale eintrat und 1937 von Stalin umgebracht wurde; Butenko war ein sowjetischer Diplomat, der zu Mussolinis faschistischem Italien überlief.

Der Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie und die sich daraus ergebenden gegensätzlichen politischen Appetite blieben sogar auch nach den blutigen Säuberungen der 30er Jahre bestehen, in denen alle bis dahin noch lebenden Vertreter der bolschewistischen „alten Garde“ umgebracht wurden. Aber obwohl die stalinistische Bürokratie sich auf proletarische Eigentumsformen stützte und daraus ihre Privilegien zog, war sie doch nicht unwiderruflich auf deren Verteidigung verpflichtet. Sie konnte in der Gesellschaft keine unabhängige Rolle spielen. Jeder politische Ansturm, sei es vom revolutionären Proletariat oder seitens der Konterrevolution, mußte die Bürokratie zertrümmern.

Fortgesetzt auf Seite 20



Spartakist-Fotos

Mal 1991: Polnische und deutsche Genossen der IKL sprechen in sowjetischem Armeestützpunkt südlich von Berlin vor 300 sowjetischen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, zum Gedenken an den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland. Sie rufen zu Arbeitermobilisierungen gegen Faschismus, Chauvinismus und Antisemitismus auf

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 19

Wie Trotzki schrieb:

„Wird das Proletariat aktiv, hängt der Stalinsche Apparat in der Luft. Versucht er noch, Widerstand zu leisten, so muß man gegen ihn keine Bürgerkriegs-, sondern nur Polizeimaßnahmen ergreifen...“

Einen wirklichen Bürgerkrieg könnte es nicht zwischen der Stalin-Bürokratie und dem sich erhebenden Proletariat, sondern nur zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution geben. Im Fall eines Konflikts zwischen zwei Massen-Lagern könnte von einer selbständigen Rolle der Bürokratie gar keine Rede sein. Ihre einander entgegengesetzten Flügel würden auf verschiedenen Seiten der Barrikade zu stehen kommen.“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“)

Im Fall der Ungarischen Revolution 1956 ging die Mehrheit der bürokratischen Schicht auf die Seite des aufständischen prosozialistischen Proletariats über. Im Gegensatz dazu ließ in der jüngsten Vergangenheit in der Sowjetunion der ständige Druck der Besänftigung des Imperialismus und der inneren Marktkräfte immer größere Teile der Bürokratie ins Lager der kapitalistischen Restauration übergehen, deren Hauptsprecher schon bald Jelzin wurde.

Die schiere Unfähigkeit der Bürokratie, irgendeine unabhängige Rolle zu spielen, wurde eindrucksvoll bei den Ereignissen des August 1991 demonstriert. Hinter der scheinbaren Inkompetenz des „Notstandskomitees“ (zusammengesetzt aus Gorbatschows wichtigsten Mitstreitern) – daß es ihnen nicht gelang, Jelzin festzunehmen oder auch nur seine direkte Verbindung mit Washington zu kappen – stand die Tatsache, daß diese schwerfälligen Bürokraten keinerlei Alternative zum Programm der Restauration hatten, sowie ihre Weigerung, sich in irgendeiner Weise mit den imperialistischen Mächten anzulegen. Wenn die Arbeiter in Aktion getreten wären, um die verachteten profitgierigen „Genossenschaftler“, Spekulanten und Rubelmillionäre zu verjagen, die sich auf den Jelzin-Barrikaden gesammelt hatten, dann hätte dies in der Tat einen Bürgerkrieg zwischen dem Proletariat und den aktiven Kräften der Konterrevolution nach sich gezogen und den Beginn einer *proletarisch-politischen Revolution* bedeutet. Weil sie eine Mobilisierung des Proletariats bei weitem mehr fürchteten als die Konterrevolution, versuchte kein einziger Teil der sogenannten „harten“ stalinistischen „patriotischen“ Opposition zu Gorbatschow/Jel-

zin, Widerstand gegen die Jelzin-Kräfte zu organisieren; statt dessen versteckten sie sich hinter den impotenten Proklamationen des Putschkomitees.

Nachdem das Jelzin-Regime die Zügel der Macht in die Hand bekommen hatte, ging es unverzüglich daran, die oberste Führung des Militärs zu reorganisieren, indem es eine ganze Schicht von jüngeren Offizieren einsetzte, die entweder durch ihre stramme Loyalität zu Jelzin gekennzeichnet waren (z. B. Schaposchnikow) oder durch lärmenden russischen Nationalismus. Gleichzeitig versuchte es, breitere Schichten des Offizierskorps mit Solderhöhungen ruhigzustellen. Zur gleichen Zeit gab es eine Selbstsäuberung, weil eine große Zahl von prosozialistischen Offizieren die Armee aus Abscheu über das Verbot der KPdSU verließ. Jedenfalls, wie Trotzki in „Verratene Revolution“ (1936) bemerkt hat, „brauchte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute [aus dem Staatsapparat] zu entfernen als eine revolutionäre Partei“.

Die rechtliche Auflösung der UdSSR im Dezember 1991 ließ die Allunions-Streitkräfte – nominell unter dem Kommando der totgeborenen „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ – in einer völlig ungeklärten Situation zurück, als „Sechzehnte Republik“, wie es einige formulierten. Bei einer Offizierskonferenz im Kreml im folgenden Monat konnte man eine überwältigende Stimmung für die Aufrechterhaltung des Militärs als einer multinationalen Institution feststellen. Wie wir zu diesem Zeitpunkt gewarnt haben: „Aber um den multinationalen Sowjetstaat und dessen multinationale Armee zu bewahren, muß man das sozialisierte Eigentum retten, auf dem dies aufgebaut worden ist“ (Spartakist Nr. 92, Januar 1992). Wenn die Arbeiterklasse in Aktion getreten wäre, wären zweifellos Teile des Militärs auf ihre Seite übergegangen. Statt dessen sind die auseinandertreibenden Kräfte, die von Jelzins Gegenputsch ins Spiel gebracht und mit dem Dekret vom Dezember 1991 formalisiert wurden, daran gegangen, das Militär auseinanderzureißen und das zu eliminieren, was noch vom Arbeiterstaat übriggeblieben war. Der Nationalismus, wie im chauvinistischen Getöse um Moldawien, ist zu einer treibenden Kraft geworden, um Streitkräfte zusammenzuschmieden, die der neuen kapitalistischen Ordnung loyal gegenüberstehen.

Der Einsatz von russischen OMON-Truppen im Februar 1992, um einen Anti-Jelzin-Protest auseinanderzutreiben, markierte das Entstehen eines Repressionsapparats, der loyal zum Regime steht. Angesichts der Tatsache, daß die



Workers Vanguard

IKL-Flugblatt, Februar 1992, ruft zur Bildung von Arbeiter- und Soldatensowjets auf, um kapitalistische Restauration zu stoppen. Links: Spartakisten protestierten im Januar in New York gegen Jelzins Besuch bei seinen Wall-Street-Herren

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 21

Plan!“ (*Spartakist* Nr. 77, 9. Oktober 1990). In diesem November wurde bei der Gedenkfeier des Revolutionstages zum ersten Mal in der Sowjetunion das Banner der Vierten Internationale öffentlich entfaltet.

Trotz unserer geringen Ressourcen und unserer begrenzten russischen Sprachkapazität versuchten wir, direkt in die turbulente Situation zu intervenieren, die sich eröffnete, nachdem Gorbatschow die Macht übernommen hatte. Nach den dramatischen Bergarbeiterstreiks im Sommer 1989 versuchten wir, unsere trotzkistische Propaganda diesen kämpferischen Arbeitern, deren Kampf die sowjetische Arbeiterklasse elektrisiert und die stalinistische Bürokratie erschüttert hatte, in die Hände zu geben. Vertreter der IKL intervenierten im Oktober 1990 bei einer Konferenz von Bergarbeitern in Donezk, wo sie vorübergehend die von der CIA dirigierte Bemühungen vereiteln konnten, sowjetische Arbeiter für eine antisozialistische Hexenjagd gegen den britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill anzuwerben.

Während der Umwälzung in der DDR 1989/90 brachten wir als Teil des Kampfes der IKL für eine proletarische politische Revolution in Ostdeutschland Propaganda in russischer Sprache heraus, die an die dort stationierten sowjetischen Truppen gerichtet war und unter diesen weit verbreitet wurde. Und später sprachen wir vor Versammlungen von sowjetischen Offizieren und Soldaten. 1991 organisierten die SpAD und die Spartakusowska Grupa Polski am Jahrestag des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland eine gemeinsame Veranstaltung für mehrere hundert sowjetische Militärangehörige auf einem Luftstützpunkt außerhalb Berlins (*Spartakist* Nr. 86, Mai 1991). Dann, einen Monat vor Jelzins Gegenputsch, sprach die IKL-Vertreterin Martha Phillips vor der Moskauer Arbeiterkonferenz. Sie rief zur Bildung echter Sowjets auf, die die kapitalistische Konterrevolution stoppen, zum Widerstand gegen alle Formen von chauvinistischer Reaktion und zur internationalen sozialistischen Revolution.

Unser Aufruf vom August 1991, „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins/Bushs Konterrevolution!“, war die erste in der ganzen Sowjetunion weit verbreitete Erklärung gegen Jelzins restaurative Bestrebungen. Wir stellten ein Pro-

gramm vor für den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Restauration und für wirkliche Sowjets als Organe einer neuen proletarisch-politischen Macht:

„Unabhängige Arbeiterkomitees müssen in Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Unternehmen errichtet werden, um Entlassungen und Privatisierungen zu verhindern durch die Übernahme der Fabriken und die Kontrolle der Produktion... Komitees von Soldaten und Offizieren müssen gebildet werden, um den Säuberungen zu begegnen und um zu verhindern, daß die Armee dazu benutzt wird, gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen... Arbeitermilizen müssen gebildet werden ..., um sich gegen die Lynch-Mobs und Pogromisten zu verteidigen und sie zu zerschlagen... In dieser Stunde blanker Not ist mehr denn je die Schmiebung einer neuen, authentisch kommunistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse der Schlüssel zur erfolgreichen Verteidigung der Sowjetunion. Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!“

Wir stellten uns scharf dem wiederaufsteigenden Antisemitismus und großrussischen Chauvinismus entgegen und warnten, daß Frauen bei einer Restauration des Kapitalismus am meisten zu verlieren hätten.

Nachdem Jelzin im Februar 1992 die OMON und die Moskauer Miliz (Polizei) gegen Demonstranten losgelassen hatte, brachten wir eine dringende Erklärung heraus: „Der weiße Zar Boris will einen neuen Blutsonntag“. Da aufgrund drakonischer Preiserhöhungen bei Nahrungsmitteln und anderen lebensnotwendigen Dingen weitverbreiteter Hunger drohte, stellten wir ein Kampfprogramm auf:

„Durch ihre eigenen unabhängigen Komitees, zusammengesetzt aus Delegierten, die in den Fabriken gewählt werden, müssen die Werktätigen die Kontrolle über die Lebensmittelvorräte übernehmen und die Verteilung überwachen. Es ist wieder notwendig, wirkliche Sowjets zu bilden, nicht Schwatzbuden wie die angeblichen Sowjets und die impotenten Parlamente, die wir jetzt haben, sondern Kampforgane, die zusammengesetzt sind aus Deputierten, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abrufbar sind. Zusammengefaßt in machtvollen Sowjets – internationalistisch, egalitär, revolutionär – werden die Werktätigen in der

Бюллетень Spartakovцев **SPARTAKIST**

**Долой правительство Ельцина!
«Белый царь» Борис ХОЧЕТ
нового «Кровавого воскресенья»!**

**Создавайте
рабочие и солдатские Советы,
чтобы остановить
реставрацию капитализма!**

20 февраля 1992 г. Ельцин объявил о контроле над экономикой страны. Это решение было принято в результате переговоров с представителями крупного капитала. Мы предлагаем рабочим и солдатам создать комитеты в своих предприятиях и воинских частях, чтобы остановить реставрацию капитализма. Мы предлагаем рабочим и солдатам создать комитеты в своих предприятиях и воинских частях, чтобы остановить реставрацию капитализма. Мы предлагаем рабочим и солдатам создать комитеты в своих предприятиях и воинских частях, чтобы остановить реставрацию капитализма.

Интернациональная Коммунистическая Лига (IV Интернационал) Цена 10.

Lage sein, die wackeligen Regime der kapitalistischen Restaurateure mit einem Fingerschnipsen wegzufegen. *Keine neuen Zaren – weg mit Jelzin – für eine Republik der Werktätigen!*“

Diese Forderungen sind noch heute voll gültig, obwohl die Konsolidierung eines bürgerlichen Staats den Kampf nicht für eine politische Revolution, sondern für eine *sozialistische* Revolution erfordert, um die entstehende Kapitalistenklasse wegzufegen.

Wer hat schuld an der Katastrophe? Vor allem sind es die Stalinisten, die Verantwortung tragen. Angefangen mit der politischen Konterrevolution, die 1923/24 von Stalin geführt wurde, entwickelte sich der Staatsapparat, wie Trotzki schrieb, „von einer Waffe für die Arbeiterklasse zu einer Waffe der bürokratischen Gewalttätigkeit gegen die Arbeiterklasse und mehr und mehr zu einer Waffe der Sabotage an der Wirtschaft“ („Übergangsprogramm“). In den späteren Breschnjew-Jahren hatte das bürokratische Mißmanagement der zentralen Planwirtschaft zu einem scharfen Rückgang des sowjetischen Wirtschaftswachstums geführt. Gleichzeitig nährte die um sich greifende Korruption den Appetit der verhätschelten Kinder der Bürokratie, wie westliche Kapitalisten zu leben. Da die Bürokratie Todesangst vor Arbeiterdemokratie hat, die ihre privilegierten Positionen abschaffen würde, sah sie die einzige Option auf intensives Wirtschaftswachstum im Experimentieren mit einem neobucharischen Programm marktorientierter „Reformen“ – Gorbatschows Perestroika.

Während das „Notstandskomitee“ vom August 1991 nur „Perestroika ohne Glasnost“ anzubieten hatte, bieten die heutigen stalinistischen Überreste wie Viktor Anpilows RKRK, Kryutschkows RPK, Prigarins SK und Nina Andrejewas WKPB usw., die sich heute als eine Opposition gegen Jelzin in Pose werfen, nur einen „roten“ Deckmantel für die kapitalistische Konterrevolution. Sie haben keinen Versuch gemacht, für *Klassenkampf* zu mobilisieren, nicht nur, weil ihre chauvinistische Politik sie unfähig macht, an das immer noch multinationale Proletariat zu appellieren, sondern auch, weil sie *gegen* jeden Kampf sind, der den kapitalistischen Klassen, „frieden“ stören würde. Dies wurde ausdrücklich dargelegt in der „Erklärung über die Gründung der vereinigten Opposition“ vom März 1992, die von all den stalinistischen Überresten sowie von Medwedew

und Denisows SPT unterzeichnet wurde – was die abstoßende „rot-braune“ Koalition mit großrussischen Chauvinisten, Monarchisten und erklärten Faschisten formell machte – und die zur „Rettung des Vaterlands ... auf der Basis von Bürgerfrieden und nationalem Vertrauen“ aufrief. Somit waren all diese Gruppen *gegen* den kürzlichen Streik der Fluglotsen.

Mit ihrem Aufruf zur Privatisierung durch die „Arbeitskollektive“ versuchen die stalinistischen Ehemaligen, die „linke“ Flanke des korporatistischen Flügels der Konterrevolution zu sein, dessen mächtigster Vertreter der Block von Wolskis/Ruzkoi's Bürgerunion ist. Ihnen angeschlossen ist die ehemalige offizielle Gewerkschaftsbürokratie, die sich jetzt Föderation der unabhängigen Gewerkschaften Rußlands (FNPR) nennt. Während Jelzins Ministerpräsident Gaidar für Kapitalspritzen vor dem Westen kriecht und sich für einen fantastischen Plan zur Privatisierung durch die Ausgabe von Anteilscheinen an die gesamte Bevölkerung einsetzt, hofft die Wolski-Ruzkoi-Fraktion, einen starken militärisch-industriellen Sektor dadurch aufrechtzuerhalten, daß sie das Eigentum direkt den früheren Managern in die Hand gibt.

Im Namen des Aufbaus der Derschawa, dem zaristischen Schlagwort für einen starken russischen Staat, sind die RKRK & Co. bereitwillig in jedes reaktionäre Gebilde eingetaucht, von dem faschistoiden Russischen Nationalen Sobor des Antikommunisten und Antisemiten Sterligow (der sich jetzt für die Wiedererrichtung des zaristischen Throns stark macht) bis zur neu gegründeten „links-rechten“ Nationalen Rettungsfront. Tatsächlich akzeptiert jede Gruppierung, die aus der ehemaligen KPdSU hervorging – von der RKRK bis zur SPT –, die „Unvermeidbarkeit“ der „Marktwirtschaft“ (Restauration des Kapitalismus). Sie zanken sich einfach über die Bedingungen – wer an den Futtertrog kommt (siehe „Stalinistische Ehemalige: Linker Flügel der nationalistischen Konterrevolution“, *Spartakist* Nr. 99, November/Dezember 1992). Unterdessen ist die explizit sozialdemokratische Arbeiterpartei (PT) von Boris Kagarlizki mit einem Teil der FNPR-Bürokratie im Bett und beteiligt sich an der Allrussischen Versammlung der Werktätigen, die stark von Wolskis Leuten bevölkert wird und deren Vorsitzender Konstantinow Vizepräsident des Sobor ist.

Fortgesetzt auf Seite 24

Lenin auf I. Kongreß der Kommunistischen Internationale, März 1919. Lenin und Trotzki bestanden darauf, daß das Überleben der Sowjetunion nur durch Ausweitung der Revolution auf die entwickelteren Industriemächte möglich ist



M.S. Nappelbaum

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 23

Jeder einzelne der zahlreichen stalinistischen und sozialdemokratischen Vereine hat sich hinter der korporatistischen Option eingereiht und ruft zur Privatisierung durch die „Arbeitskollektive“ (d. h. Betriebsdirektoren) auf. Mit dem Rücken zur Wand verlassen sich vielleicht viele Arbeiter darauf, daß ihre Betriebsdirektoren das Eigentum an der Industrie übernehmen, als eine allerletzte Verteidigung gegen Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Die sowjetischen Arbeiter sollten sich keinen Illusionen hingeben, daß ihr Lebensunterhalt unter einem korporatistischen System sicher wäre. Kapitalismus, ob unter Wolski/Ruzkoi oder Jelzin/Gaidar oder irgendeinem Zwischending, bedeutet notwendigerweise die Geißel von brutaler Ausbeutung und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit.

„Staatskapitalismus“: Ein antikommunistischer Mythos

Wenn die Zerstörung der Sowjetunion eine endgültige Grabinschrift auf die erbärmliche Geschichte des Stalinismus gesetzt hat, dann hat sie auch die zahlreichen falschen „Theorien“ zerstört, hinter denen verschiedene Renegaten des Trotzismus ihre Weigerung zu maskieren versucht haben, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen. Die „Theorie“, daß die Sowjetunion eine „staatskapitalistische“ Gesellschaft sei, stellt die marxistische Analyse des Kapitalismus auf den Kopf. Sie postuliert eine wirklich bizarre Form von „Kapitalismus“ – wo die kapitalistische Konkurrenz und das Wertgesetz außerhalb des Systems liegen, wo nicht periodische Überproduktionskrisen typisch sind, sondern Verzerrungen und Engpässe aufgrund administrativer Anordnungen, wo nicht chronische Massenarbeitslosigkeit charakteristisch ist, sondern Arbeitskräftemangel. Der Zweck dieses terminologischen Taschenspielertricks, ob aus der Feder von Tony Cliff oder seiner Vorgänger, bestand darin, jeden Grund zur Verteidigung der Sowjetunion zu verleugnen.

Die „Staatskapitalisten“ behaupten zwar, ein „drittes Lager“ („weder Washington noch Moskau“) zu haben, doch sie freuen sich heute gemeinsam mit den Imperialisten über den „Tod des Kommunismus“. Im August 1991 jubelten die Cliff-Anhänger: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen“, und sie begrüßten den Aufstieg der Jelzin-Anhänger als „den Anfang, nicht das Ende“ (*Socialist Worker*, 31. August 1991). Die Übereinstimmung mit dem imperialistischen

Antikommunismus ist offensichtlich, aber die „staatskapitalistische“ Logik ist absurd. Nach ihr sind wir angeblich gerade Zeuge des außergewöhnlichen Schauspiels geworden, daß eine ganze „Kapitalistenklasse“ einfach Selbstmord begeht, statt zu versuchen, ihr Eigentum zu verteidigen. Und die Millionen und Abermillionen Werktätigen in Osteuropa und der Ex-UdSSR, die jetzt durch Verelendung, Arbeitslosigkeit und Brudermord fertiggemacht werden, werden nicht die Ansicht akzeptieren, daß sie nur von einer Sorte Kapitalismus zu einer anderen übergehen, und werden dies erst recht nicht begrüßen.

Der zweite Aufguß von Anhängern des „dritten Lagers“, wie die politischen Banditen von David Norths „Internationalem Komitee“ und andere, argumentiert, daß der Stalinismus „konterrevolutionär durch und durch“ sei. Dies verleugnet glatt Trotzki's Verständnis vom „Doppelcharakter“ der Bürokratie. Genauer gesagt besteht der Zweck wie bei Cliffs Theorie darin, nichts mit der Verteidigung der Sowjetunion zu tun haben zu wollen. North behauptete, daß Gorbatschow von Anfang an unbedingt „die politische, wirtschaftliche und soziale Liquidierung all dessen, was an Errungenschaften der Oktoberrevolution übrig ist“, wollte (*Perestroika Versus Socialism* [Perestroika kontra Sozialismus], 1989). North beeilte sich dann zu verkünden, es wäre „unmöglich, irgendeine der Republiken“ der Ex-UdSSR „als Arbeiterstaat zu definieren ...“, gerade als Jelzin ihre juristische Auflösung verordnete („The End of the USSR“ [Das Ende der UdSSR], *Bulletin*, 10. Januar 1992).

Die verschiedenen Theorien, die die Bürokratie als eine „neue Klasse“ oder als „konterrevolutionär durch und durch“ definieren, appellieren gemeinsam an tiefenden Moralismus. Im Gegensatz dazu hat Trotzki's dialektische und materialistische Analyse des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats, wie sie in *Verratene Revolution* und anderen Schriften ausgearbeitet ist, den Test der Zeit bestanden und dem Proletariat ein Programm für Aktionen geliefert. Ausgehend von diesem marxistischen Verständnis, wiesen wir auf den widersprüchlichen Charakter der anfänglichen Reformen Gorbatschows hin: „Gorbatschows Perestroika richtet sich nicht nur gegen die unmittelbaren materiellen Interessen der meisten Arbeiter, sondern verletzt auch ihre tief sitzende kollektive Einstellung. Gleichzeitig erlaubt der Aufruf des Regimes zu Glasnost ein gewisses Maß an organisierter Meinungsverschiedenheit gegenüber der offiziellen Politik“ (Konferenzdokument der Spartacist League/U.S., „Towards Revolutionary Conjuncture“ [Der revolutionären Konjunktur entgegen], Juni 1987).

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—

Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
beide enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 100

Bestellt bei: Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: (0 30) 4 92 78 66
Halle	SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--



WAAP-Fotos

Links: Leo Trotzki, gewählter Vorsitzender des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten im September 1917. Rechts: Rotgardisten aus der Putilow-Fabrik stehen vor dem Smolny, der Kommandozentrale der Oktoberrevolution von 1917

In den ersten paar Jahren bewirkten Gorbatschows neobucharinsche Reformen in gewissem Maße die Wiederbelebung der sowjetischen Wirtschaft. Der Wirtschaftswissenschaftler Marshall Goldman von der Harvard-Universität bemerkt in seinem Buch *What Went Wrong with Perestroika* (Was lief schief mit Perestroika, 1991) über Gorbatschows Programm der „Intensivierung“ und „Beschleunigung“ von 1985/86, daß „anfänglich diese Reformen zu funktionieren schienen“ und „das Industriewachstum zurückzukehren schien“. Gorbatschow erzielte sogar die größte Getreideernte der sowjetischen Geschichte (240 Millionen Tonnen 1990). Aber die anschließende Einführung von betrieblicher Selbstverwaltung am Neujahrstag 1988 erwies sich als der entscheidende Schritt, der schließlich zum Zusammenbruch führte. Die Preisgabe der Planung in einer Planwirtschaft führte zu einem Zusammenbruch der Wirtschaftsverwaltung und zu weitverbreiteter Knappheit und Plünderung. Das Resultat, schreibt Goldman, war „die Unterminierung des Planungssystems und der Zusammenbruch der Wirtschaft“. Als die Perestroika-Reformen scheiterten, gab Gorbatschow im August 1990 offen seine Unterstützung der kapitalistischen Restauration bekannt, indem er sich hinter den „500-Tage-Plan“ stellte, wenn er auch später davon wieder abrückte bei seinen ständigen Zickzacks.

Gorbatschows Entwicklung von „marktsozialistischen“ Reformen zu einem Programm der offenen kapitalistischen Restauration bewies noch einmal die Unmöglichkeit der Konzeption, das stalinistische Regime zu „reformieren“, die von Leuten vorgebracht wird wie von Ernest Mandel in seinem Buch *Beyond Perestroika* (Über Perestroika hinaus, 1989). Was auch immer ihre kleinlichen Differenzen sind, die Unterstützung von Jelzins Konterrevolution brachte alle diese Revisionisten zusammen, von Cliff über North bis zu Mandel – und auch die Militant-Gruppe in Britannien (früher unter der Führung von Ted Grant), die mit Sergej Beiz' Rabotschija Demokratija (Arbeiterdemokratie) in Rußland verbunden ist. Der kleinste gemeinsame Nenner

für all diese Vereine ist die Kapitulation vor dem sozialdemokratischen Antisowjetismus gewesen, genauso wie sie vor einem Jahrzehnt alle gemeinsam über die konterrevolutionäre Solidarność in Polen jubelten und die Intervention der Roten Armee in Afghanistan verurteilten.

Im Gegensatz dazu erklärte die Spartacist-Tendenz „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und forderte „Stopp die Konterrevolution der Solidarność!“ in Polen. Als Antwort auf Gorbatschows Abzug aus Afghanistan 1989 zur Beschwichtigung Washingtons warnten wir, daß es viel besser ist, den Imperialismus dort zu bekämpfen als in den Grenzen der Sowjetunion. Aber das Gorbatschow-Regime wollte den Imperialismus nirgendwo bekämpfen. „Die Entscheidung, Afghanistan zu verlassen, war der erste und schwierigste Schritt“, bemerkte vor kurzem Gorbatschows Außenminister Schewardnadse: „Alles andere ergab sich daraus“. Ein Jahr nach dem Rückzug aus Afghanistan gab Gorbatschow grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands.

Die IKL war einzigartig in ihrer eindeutigen und offenen Opposition gegen den imperialistischen Anschluß der DDR: Die Macht des trotzkistischen Programms, aus dem Zusammenbruch des Stalinismus den Ausweg zu zeigen, fand einen massiven Ausdruck in der antifaschistischen, prosovietischen Demonstration von 250 000 am 3. Januar 1990 im Treptower Park in Berlin, die von den Spartakisten initiiert wurde. Die Stalinisten ihrerseits dachten, sie könnten eine Konterrevolution in einem Land haben. Aber der Ausverkauf der DDR bereitete direkt die Zerstörung der Sowjetunion vor.

Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die darauf folgende Verschärfung der zwischenimperialistischen Rivalitäten haben die Welt zu einem viel gefährlicheren Ort

Fortgesetzt auf Seite 26

Arbeiterstaat erwürgt...

Fortsetzung von Seite 25

gemacht. Die „Neue Welt-Unordnung“ – verkündet während des US-geführten imperialistischen Gemetzels am Persischen Golf, für das Gorbatschow seine Zustimmung gab – hat die Merkmale der alten Weltordnung, die in den Schlachthof des Ersten Weltkriegs führte, bringt aber diesmal die Gefahr eines atomaren Weltbrands mit sich. Die imperialistische Einheit, die jahrzehntlang durch die „kommunistische Bedrohung“ aufrechterhalten wurde, ist zusammengebrochen, und die konkurrierenden Mächte fallen übereinander her und wetteifern über die Aufteilung des ehemaligen Sowjetblocks in Neokolonien.

Gleichzeitig gibt es die Eröffnung einer Periode verschärften Klassenkampfes. Die halbkolonialen Völker der Welt werden jetzt, wo die imperialistischen Mächte sich nicht mehr durch ein sowjetisches Gegengewicht eingeschränkt fühlen, regelrecht in den Hunger getrieben. Im imperialistischen Westen haben der sich verschärfende Handelskrieg und die zunehmende Ausbeutung bereits zu größeren Klassenschlachten in Deutschland, Italien und Griechenland geführt. Der multirassische Aufruhr in Los Angeles nach dem Urteil, durch das die rassistischen Bullen im Fall des Zusammenschlagens von Rodney King freigesprochen wurden, zeugt von der gesellschaftlichen Instabilität der Vereinigten Staaten. In Osteuropa und der Ex-UdSSR wird die Arbeiterklasse bald sich von der lähmenden Erfahrung der Konterrevolution erholen und gegen die verheerenden Folgen der kapitalistischen Ausbeutung zu kämpfen anfangen. Polen wurde bereits im letzten Jahr von einem größeren Streik nach dem anderen überrollt.

Die Arbeiter in Rußland, der Ukraine und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken haben immer noch Zeit, sich neu zu gruppieren und zurückzuschlagen, bevor irgend etwas feste Form annimmt, das einem lebensfähigen System von kapitalistischer Ausbeutung nahekommt. Haß und Verbitte- rung gegenüber Jelzin und seinesgleichen sind am Brodeln. Anders als in der Ex-DDR, wo Massen von Werktätigen die Lüge geglaubt haben, daß der D-Mark-Anschluß Wohlstand bringen werde, gibt es in der ehemaligen UdSSR wenige solcher positiven Illusionen. Jedoch ist die Ansicht weitverbreitet, daß es keine Alternative zum „Markt“ gebe, und dafür tragen die bankrotten Stalinisten die Hauptverantwortung.

Der Weg zur Wiedererrichtung eines voll entfaltenen Kapitalismus ist nicht so eben wie der Newski-Prospekt. Um sich von ihren Möchtegern-Ausbeutern und -Unterdrückern zu befreien, muß die Arbeiterklasse sich auch als „Volkstribun“ behaupten, der gegen jede Äußerung von Antisemitismus und frauenfeindlicher oder antihomosexueller Frömmelheit auftritt und sich zur Verteidigung aller erhebt – darunter afrikanische und asiatische Studenten und die zentralasiatischen Völker in Rußland –, die immer mehr gewalttätigem rassistischen Terror ausgesetzt sind. Was vor allem gebraucht wird, ist eine revolutionäre Führung, die in der Lage ist, die Spaltungen zu überwinden, die durch Chauvinismus und Nationalismus hervorgerufen werden, die Jahrzehnte von falschem Bewußtsein abzutragen, das vom Stalinismus gefördert wurde, und die Kämpfe in der Ex-UdSSR mit denen des Weltproletariats zu verbinden.

Während Sozialdemokraten kreischen, der „Sowjetkommunismus“ habe den Sozialismus in den Augen der Massen diskreditiert, war es ein noch größeres Verbrechen des Stalinismus, wie er das Bewußtsein prosozialistischer Arbeiter entstellte und ihren Kopf mit antimarxistischen Illusionen vollstopfte, wie z. B. dem „Aufbau des Sozialismus in einem Land“, der „Volksfront“ und der Utopie der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus. „Sozialismus in einem

Land“ bedeutete nicht nur die Unterdrückung des revolutionären Kampfes in anderen Ländern, sondern auch die Isolierung der sowjetischen Arbeiterklasse von allen Verbindungen mit dem internationalen Klassenkampf. Über 60 Jahre lang waren die sowjetischen Arbeiter in einen Kokon eingebettet, der sie von den politischen Entwicklungen in der ganzen Welt abschnitt. Die sowjetische Arbeiterklasse wird im Laufe des Kampfes zur Umkehrung der Konterrevolution, die sie in Armut und Elend gestürzt hat, sich notwendigerweise das revolutionäre Erbe wieder aneignen müssen, das ihr entrissen worden ist.

Das Proletariat, das die Oktoberrevolution machte, lernte von Lenins und Trotzki Bolschewiki, daß die Revolution ein Teil eines internationalen Kampfes war. Es verstand, daß seine einzige Aussicht auf Überleben darin bestand, die Revolution auf die entwickelteren Industrienationen, vor allem Deutschland, auszuweiten. Die Gelegenheiten waren vielfältig, doch die revolutionären Parteien außerhalb Sowjetrußlands waren zu schwach und politisch zu unreif, um sie auszunutzen. Der deutsche Spartakusaufstand 1918/19 und die Ungarische Räterepublik 1919 wurden blutig niedergeschlagen. Die Möglichkeit der Roten Armee, den deutschen Arbeitern 1920 zur Hilfe zu marschieren durch die Entfesselung der proletarischen Revolution in Pilsudskis Polen, wurde vereitelt. Mit der Niederlage des deutschen Oktober 1923 erlag schließlich das sowjetische Proletariat der demoralisierenden Aussicht auf eine lange Zeit der Isolation. Das ermöglichte es der von Stalin angeführten bürokratischen Schicht, die politische Macht zu usurpieren. So wurde die Revolution verraten.

Doch dieser Verrat ging nicht unangefochten durch. Die Linke Opposition von Leo Trotzki führte den Kampf um das authentische Programm des Leninismus weiter. In ihrem Kampf zur Verteidigung und Ausweitung der Sowjetmacht drängte die Linke Opposition auf eine Politik der geplanten Industrialisierung, um das entkräftete Proletariat wiederzubeleben und um es dem isolierten Arbeiterstaat zu ermöglichen, gegen die imperialistische Einkreisung auszuhalten. Die Trotzkiisten kämpften kompromißlos gegen den großrussischen Chauvinismus der entstehenden Bürokratie. Sie kämpften gegen die verräterische Politik, die von dem „Sozialismus in einem Land“ ausging: zunächst die Unterminierung der Chinesischen Revolution 1925–27 und das anglo-russische Gewerkschaftsbündnis, das zum Erdolchen des britischen Generalstreiks 1926 führte. Dies führte zur Unterordnung der deutschen Arbeiterklasse unter die Stiefel Hitlers, zur offenen Unterdrückung der Spanischen Revolution Ende der 30er Jahre. Durch den Ausverkauf revolutionärer Gelegenheiten am Ende des Zweiten Weltkriegs, besonders in Italien, Frankreich und Griechenland, ermöglichte es der Stalinismus dem Kapitalismus zu überleben und bahnte so seinem eigenen endgültigen Niedergang den Weg.

Nach der völligen Zerstörung der Kommunistischen Internationale als Instrument der Weltrevolution organisierte Trotzki die Gründung der Vierten Internationale 1938. Heute kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Wiedergeburt der Vierten Internationale, deren Kader durch stalinistischen und Hitlerschen Terror dezimiert wurden und die schließlich Anfang der 50er Jahre einer internen revisionistischen Kampfansage, die Notwendigkeit einer unabhängigen revolutionären Führung zu leugnen, erlag. Nur als ein Teil des Kampfes, eine wirkliche Weltpartei der sozialistischen Revolution wiederzuschmieden, können die Arbeiter der früheren Sowjetunion die Führung zusammenfügen, die sie brauchen, um die grotesken Greuel wegzufegen, denen sie jetzt gegenüberstehen.

Übersetzt aus Workers Vanguard
Nr. 564, 27. November 1992

Bergarbeiterstreik...

Fortsetzung von Seite 7

Textilarbeiter von Łódź das Abkommen öffentlich verurteilt haben. Aber angesichts der Massenunruhe zog die OPZZ heute ihre Unterstützung wieder zurück. Die exstalinistischen Sozialdemokraten (SdRP) fürchten die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse mehr als die katastrophalen Konsequenzen der Konterrevolution. Zwar hat sich das ehemals zur OPZZ gehörende Bündnis der Bergarbeitergewerkschaften (FZZG) dem jetzigen Streik angeschlossen, doch es hat den virulenten Klerikalnationalisten und Antisemiten der verschiedenen Solidarność-Fraktionen erlaubt, die Führung zu übernehmen und den Streik für ihre Manöver mit der Regierung zu benutzen.

Angesichts der Verwüstungen durch die kapitalistische Restauration verlangen die Bergarbeiter, daß die Löhne mit der Inflation Schritt halten und Kreditgarantien die rechtzeitige Auszahlung der Löhne sichern und auch die Beibehaltung des Gesundheitsversorgungssystems in den Bergwerken. Obwohl verstaatlichte Industrien unter einem kapitalistischen Staat dem Diktat von Kapital und Markt unterworfen sind, würde das Privatisierungspaket der Regierung für den Bergbau Massenentlassungen und einen scharfen Angriff auf die Lebensumstände der Arbeiter bedeuten. Aber während die Bergwerke Verluste von 7,5 Milliarden Zloty (etwa 750 000 D-Mark) allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres einfahren, sind die Bergarbeiterführer mit dem sinnlosen Versuch beschäftigt, die Industrie unter den Rahmenbedingungen des maroden polnischen Kapitalismus mit Subventionen und Bürgschaften über Wasser zu halten.

Wie die Spartakusowska Grupa Polski (SGP) in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitung, die an die Streikenden in den Kohlefeldern von Slask verkauft wird, warnt:

„Die Arbeiter können ihren Lebensstandard nicht unter den Rahmenbedingungen dieses bankrotten Staats verteidigen, der versucht, Kapitalismus ohne Kapital einzuführen... Was benötigt wird, ist ein Kampf, um die ‚Schockbehandlung‘ von Walesa und dem IWF zu zerschlagen und den ungefestigten kapitalistischen Staat durch Arbeiterrevolution wegzufegen.“ („Nieder mit dem Walesa/IWF-Regime!“, *Platforma Spartakusowców*, Herbst 1992)

§ 218...

Fortsetzung von Seite 2

ihrer Führung an das BVG abgespeist. Nun sollen alle die Entscheidung der höchsten Instanz der „Lebensschützer“ abwarten. Doch was können Frauen von Karlsruhe erwarten? Denkt an das Hexenjagd-Urteil gegen den Memminger Frauenarzt Horst Theissen (siehe „Dr. Theissen darf nicht hinter Gitter!“, *Spartakist* Nr. 62, Juni/Juli 1989). Das Recht auf Abtreibung muß durch eine klassenkämpferische Mobilisierung gegen die kapitalistische Reaktion erkämpft und verteidigt werden!

Nachdem Gysi/Modrow die DDR ausverkauft hatten, klagen die PDS-Lippenbekenntnisse zur Streichung des 218 recht hohl: In der „Lebensschutz“-Debatte haben diese parlamentarischen Kretins aber brav mitgemacht. Jeder Protest gegen die Einführung des 218 im Osten im Zuge der Wiedervereinigung wurde à la SPD in die parlamentarische Schwatzbude kanalisiert, die Mobilisierung der eigenen Basis wurde bewußt verhindert, und am Ende stimmten sie doch für die Zwangsberatung, konform mit dem Kirchenmärchen: „Abtreibung ist Tötung“ bzw. „Mord“.

Im Westen, aber auch im Osten, der zur „Rechristiani-

Ironischerweise schlugen die Bergarbeiter gerade zu, als die Imperialisten Polen als eine „Erfolgsstory“ von brutaler Austeritätspolitik anpriesen, im Gegensatz zu den „Bremsern“ in Moskau, wo gerade ein neuer Ministerpräsident, der mit den Managern der Staatsindustrie in Verbindung steht, in das Jelzin-Regime aufgenommen wurde. So trug die *New York Times* (17. Dezember) die schreiende Hauptüberschrift „21 Monate ‚Schocktherapie‘ beleben polnische Wirtschaft wieder“, und sie zitiert den abscheulichen Schocktherapeuten von Harvard, Jeffrey Sachs, der frohlockte: „Ich denke, sie haben es geschafft... Die Panik ist vorbei. Die Reformen sind sicher.“

Solidarność möchte ihre klerikalnationalistische Konterrevolution besiegeln, indem sie das relativ liberale Abtreibungsgesetz aus dem Jahre 1956 durch eines der reaktionärsten Gesetze Europas ersetzt. Da mehr als 70 Prozent der Bevölkerung gegen ein Verbot der Abtreibung sind, ist dies eine explosive Situation. Eine Petition, die eine Volksabstimmung gegen die Kriminalisierung forderte, erhielt eine halbe Million Unterschriften, sobald sie im Umlauf war. Die Arbeiterklasse muß zur Verteidigung des Rechts der Frauen auf Abtreibung mobilisiert werden, als Teil des Kampfes für kostenlose Gesundheitsversorgung der höchsten Qualität für alle. Für die strikte Trennung von Kirche und Staat! Pfaffen raus aus dem Schlafzimmer, raus aus dem Operationssaal und raus aus dem Klassenzimmer!

Die Schockwellen des jetzigen Streiks können sich weit über die polnischen Grenzen hinaus erstrecken, besonders bis zu den belagerten Arbeitern der früheren Sowjetunion. Der Bergarbeiterstreik zeigt die offensichtliche Fähigkeit des polnischen Proletariats, die kapitalistische Konterrevolution umzustürzen und die Macht zu ergreifen. Aber dafür benötigt es eine revolutionäre Führung, die darum kämpft, die Arbeiterklasse auf der ganzen Linie gegen die Reaktion der Solidarność zu mobilisieren. Nationalismus war die treibende Kraft der Konterrevolution. Für die proletarische Avantgarde ist es eine zentrale Aufgabe, gegen Roma gerichteten Rassismus und Antisemitismus zu bekämpfen. Die SGP kämpft für die Schmiedung der internationalistischen, leninistisch-trotzkistischen Partei, die dringend benötigt wird, um das kämpferische polnische Proletariat zur Macht zu führen.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 566, 1. Januar

sierung“ ansteht, hat eine beispiellose Austrittswelle beide Staatskirchen erfaßt. Die Kirche hat nichts zu suchen beim Abtreibungsrecht, im Gesundheitswesen *oder* im Staat! **Gewerkschaften: Nieder mit der Kirchensteuer! Für die Trennung von Kirche und Staat! Kirchen raus aus den Schulen! Bullen, Pfaffen und Richter, raus aus dem Schlafzimmer!**

Nach zwei Jahren Hinhaltetaktik und Querelen über den „Knackpunkt der Wiedervereinigung“, wie den ostdeutschen Frauen der 218 aufzuzwingen sei, fürchten die Herrscher, daß eine breite Gegenmobilisierung zu einem Flächenbrand gegen den Sozialabbau werden könnte. Das ist ein explosives Gemisch! Tiefgehender sozialer Kampf, gestützt auf die Gewerkschaften, kann 218/219 zu Fall bringen und das Recht auf Abtreibung verteidigen.

Die Spartakisten waren die einzigen, die konsequent gegen die Wiedervereinigung kämpften und vor den katastrophalen Konsequenzen der Konterrevolution warnten. Um die kommenden notwendigen Kämpfe im eigenen historischen Interesse aller Werktätigen zu führen, brauchen wir eine wirkliche Avantgardepartei in der Tradition von Lenin und Trotzki, die als Volkstribun gegen alle Formen von sozialer Unterdrückung und Ausbeutung kämpft. Diese Partei wollen wir aufbauen. Schließt euch uns an! ■

Honecker...

Fortsetzung von Seite 13

gehaßt, und deshalb haben die Spartakisten sie gegen den Imperialismus verteidigt und gleichzeitig ihre Öffnung als das Produkt einer keimenden politischen Revolution in der DDR 1989 unterstützt. Und weil wir für eine *revolutionäre* Wiedervereinigung Deutschlands kämpften, für ein „rotes Rätedeutschland“ im Rahmen der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, kämpften wir mit Händen und Füßen gegen die *kapitalistische* Wiedervereinigung. Heute stehen wir auf den gleichen kommunistischen Prinzipien und kämpfen dafür, die Arbeiterklasse und die Unterdrückten gegen die Verwüstungen der Konterrevolution zu mobilisieren.

Als Honeckers Nachfolger Krenz, Gysi und Modrow auf die Knie gingen vor der imperialistischen Kampagne für den Anschluß, brachten sie damit das stalinistische Programm ihres Vorgängers nur zu seinem konterrevolutionä-



Reuters

Kapitalistische Wiedervereinigung entfesselt Nazi-Pogrome und antikommunistische Hexenjagd

ren Schluß. Stalinismus ist der Totengräber der Revolution, wie Trotzki schon vor langem sagte.

Von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen vor Gericht gestellt

Wir haben schon früher festgestellt, daß im Falle von Honecker & Co. „die Stalinisten für die falschen Taten von der falschen Klasse angeklagt werden“ (*Spartakist* Nr. 94, März/April 1992). Während die Springer-Presse über die „Mauer-Mörder“ schwätzt, sind sie dafür angeklagt, daß sie die Grenze des deformierten Arbeiterstaates verteidigten gegen den Imperialismus, der die ostdeutsche Wirtschaft auszubluten drohte. Dies ist kein Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterklasse. Und es ist absolut obszön, wenn die Bourgeoisie von Auschwitz, die des Mordes an sechs Millionen Juden, Millionen Kommunisten, Slawen, Roma und Sinti sowie mehr als 20 Millionen Sowjetbürger schuldig ist, nun versucht, die Blutflecken ihres *Völkermords* dadurch zu beseitigen, daß sie die Führung der DDR vor Gericht zerrt, weil sie angeblich Befehle gegeben haben, die zu dem Tod von 187 Menschen in einem Zeitraum von 28 Jahren geführt haben!

Das ist ein Durchschnitt von *sieben Personen pro Jahr*. Mittlerweile wurden in den USA, nach einem kürzlichen Bericht von amnesty international, allein 1990 von den rassistischen Bullen und Hilfssheriffs von Los Angeles routinemäßig 120 Menschen erschossen. Und der schießwütige Bundesgrenzschutz ermordete in der Zeit bis 1968 59 Personen an der Grenze.

Und der „Schießbefehl“? Das Buch von Peter Przybylski

Tatort Politbüro: Die Akte Honecker (1991) behauptet: „Das Protokoll der 45. Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates vom 3. Mai 1974 weist aus, daß der Vorsitzende Honecker wörtlich erklärt hatte: „Nach wie vor muß bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden...“ Dies ist auch das zentrale „Beweismittel“ der Anklage. Aber in den Protokollen *gibt es keine solche Aussage*. Die Ankläger haben einige private Notizen, die keinen offiziellen Charakter haben, die nicht verteilt wurden und die von Honecker wie von Keßler zurückgewiesen werden. Alles weitere, was die Ermittler „ans Tageslicht brachten“, ist nichts als die normale Regelung für den Waffengebrauch durch Grenzposten, die sich kaum von der irgendeines anderen Landes der Welt unterscheidet, einschließlich der Bundesrepublik.

Darüber hinaus stellt Przybylski selbst fest, daß das ab 1982 gültige Grenzgesetz verlangte, daß bei Waffengebrauch „das Leben von Personen nach Möglichkeit zu schonen“ sei!

Der zweite Anklagekomplex, „Veruntreuung“ und Bereicherung aus Staatseigentum, ist genauso absurd. Zunächst einmal werden Honecker et al., wie bei den Todesfällen an der Grenze, nach dem damals geltenden DDR-Gesetz verurteilt. (Dieses fundamentale Rechtsprinzip wird in Deutschland respektiert, weil sonst die gegenwärtigen Bundesgesetze auch auf die Nazi-Blutrichter angewendet werden könnten, die generell vom Dritten Reich übernommen wurden, um die Gerichte der Bundesrepublik zu besetzen.) Da aber Honecker nicht gestohlen hat, können sie ihn nur wegen Verstoßes gegen ein Gesetz anklagen, das „Vertrauensbruch“ durch Staatsbeamte betrifft, die sich Staatseigentum zu ihrer eigenen Verwendung aneignen. Aber um der Privatisierung den Weg zu ebnen, wurde dieses Gesetz von der DDR am Tag vor der Währungsunion außer Kraft gesetzt.

Um dieses kleine Problem zu umschiffen, verabschiedete die Volkskammer eine besondere „Lex Honecker“, nach der das alte Recht anwendbar bleibt auf die Verbrechen, die vor diesem Datum begangen wurden. Dieses Gesetz, das extra in den Einigungsvertrag geschrieben wurde, widerspricht sowohl der DDR- als auch der BRD-Verfassung. Aber der „Rechtsstaat“ stellt einer guten Hexenjagd nicht solche rechtlichen Feinheiten in den Weg!

Und was die Beträge angeht, die angeblich „veruntreut“ wurden, so ist das einfach lächerlich. Das große Geschrei 1989/90 ging über Wandlitz, wo die SED-Spitzen im Brandenburger Wald lebten. Przybylski berichtet, daß nach Ermittlungen der DDR-Staatsanwälte jährlich etwa sechs bis acht Millionen Westmark für Wandlitz ausgegeben wurden. Aber dies war für den Bedarf von mindestens 280 Leuten! Im Gegensatz dazu „verdienten“ letztes Jahr in den Vereinigten Staaten 278 Bosse der größten tausend Unternehmen mehr als eine Million Dollar *pro Person* (*Business Week*, 12. Oktober 1992). Dieser Wendehals bezieht sich höhnisch auf die „Schlaraffia-Siedlung“, mit einem Überfluß an westlichen Stereoanlagen, Fernsehern und Videorecordern, und stellt fest, daß die Elite sie zu einem Wechselkurs von 1 DDR-Mark zu 1 D-Mark kaufen konnte. Aber sie *bezahlen* diese Konsumgüter. Und zum Wechselkurs von 1:1 kaufte Kohl ein ganzes Land!

Vielleicht der größte Tiefschlag bei dieser Verleumdungskampagne ist der Angriff auf Honeckers Ruf als antifaschistischer Widerstandskämpfer. Denn *Tatort Politbüro* ist ein übler Rufmord-Anschlag im Stil der *Bild-Zeitung*, und es verwendet Gestapo-Berichte, um deren Opfer zu verleumden. Aufgrund von Dokumenten, die in einem „roten Koffer“ unter Mielkes Besitz im Kellertresor des Stasi-Hauptquartiers in der Normannenstraße gefunden wurden, beschuldigt Przybylski Honecker des „Verrats an die Gestapo“. Ähnlich versicherte die *Frankfurter Allgemeine* (16. November 1990), daß der Inhalt des roten Koffers die „antifa-

schistische Legitimation' der früheren DDR erschüttert" und zeigt, daß Honecker alles andere als ein antifaschistischer Held war, sondern „alles tat, um die eigene Haut zu retten“, unter anderem „indem er Mitgefangene belastete“.

Przybylski behauptet, „Honecker belastete seinen Chef“ Bruno Baum während des Verhörs durch die Gestapo nach seiner Verhaftung im Dezember 1935, und auch seine tschechische Kurierin Sarah Fodorová, die ihm einen Koffer mit klandestinem Material überreicht hatte. Aber Bruno Baum saß im gleichen Brandenburger Gefängnis wie Honecker, wo es eine kommunistische Widerstandsgruppe gab, in der beide aktiv waren. Nach dem Krieg war Baum ein führender Berliner Funktionär der SED. Wenn es irgendeinen Hinweis gegeben hätte, daß Honecker ein Verräter wäre, so war Baum in einer Position, wo er für seine Hinrichtung hätte sorgen können, vor oder nach der Befreiung.

Was Sarah Fodorová angeht, so sagt Przybylski, daß sich „die Spur der Tschechin verlor“, und deutet damit an, daß sie hingerichtet wurde. Aber in Wirklichkeit wurde die jüdische Kurierin aus Mangel an Beweisen freigelassen und lebt heute in Israel. In einem Interview vom letzten Herbst sagte sie der Nachrichtenagentur ADN: „Ich verdanke Honecker mein Leben. Er hat mich vor dem Volksgericht entlastet.“ Tatsächlich, sagte Fodorová, wettete nach ihrer Freilassung ein Gestapo-Mann: „Bedank Dich bei Honecker und seiner ganzen kommunistischen Mischpoke, daß Du hier lebendig wieder rauskommst“ (*Neues Deutschland*, 20. Oktober 1992).

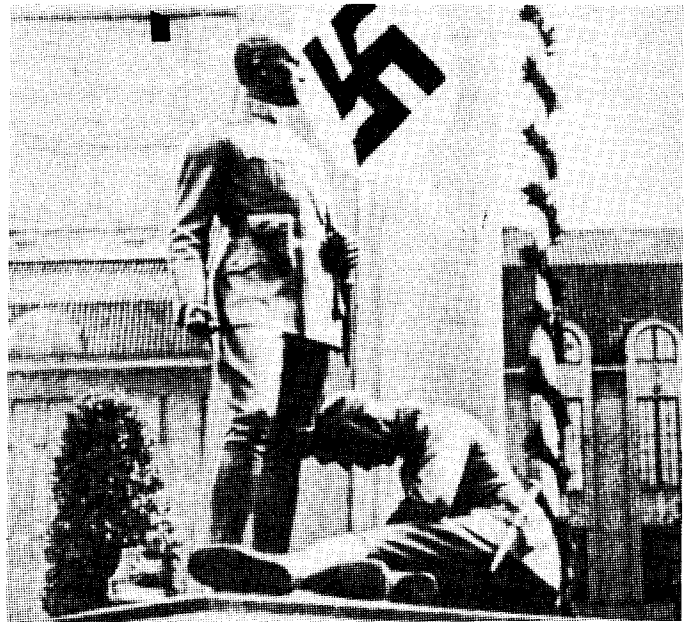
Inzwischen wurde Erich Honeckers monatliche Rente als antifaschistischer Widerstandskämpfer gestrichen durch den rechtmäßigen Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich.

Die wirklichen Verbrechen des Stalinismus

Während Honecker Ende der 30er Jahre in Hitlers Gefängnissen saß, wohnte Walter Ulbricht im Hotel Lux in Moskau und lieferte deutsche Kommunisten an Stalins Henker aus, und sogar an die Gestapo. Dies sind einige der wirklichen Verbrechen des Stalinismus *gegen die Revolution*.

Hermann Weber, ein führender Historiker der Kommunistischen Partei Deutschlands, stellte die verfügbaren Informationen über die KPD-Opfer von Stalins Säuberungen in seinem Buch „*Weißer Flecken in der Geschichte*“ (1989) zusammen. Unter den „Liquidierten“ waren sieben Politbüromitglieder, Hugo Eberlein, Leo Flieg, Heinz Neumann, Hermann Remmele, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Heinrich Süßkind. Auch umgebracht wurden der Führer des Rotfrontkämpferbundes, Willi Leow; der Führer der Roten Hilfe, Willi Koska; der Herausgeber der *Roten Fahne*, Werner Hirsch. Unter den schätzungsweise 1000 Deutschen, die in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes an Nazideutschland ausgeliefert wurden, war Heinz Neumanns Frau, Margarete Buber-Neumann. Von den 68 Führern der KPD, die Ende der 30er Jahre in der Sowjetunion lebten, blieben nur 18 auf freiem Fuß, während 41 getötet wurden. Insgesamt führt Weber etwa 350 KPDler auf, die Stalins Säuberung zum Opfer fielen.

Sie wurden zwar als „trotzkistisch-sinowjewistische Verbrecher“ angeklagt, doch sie waren nicht einfach weitere „Abweichler“ (die eigentlichen Trotzlisten waren schon lange aus den Reihen der KPD weg). Vielmehr wurde, mit Ausnahme von Ulbricht und Wilhelm Pieck, praktisch die *gesamte* KPD-Führung (zwei Drittel des ZKs) zerstört. Genauso ermordete Stalin nicht nur Lenins Kampfgefährten Leo Trotzki, sondern *alle* noch lebenden Mitglieder des bolschewistischen Zentralkomitees von 1917 (der Generalstab der Oktoberrevolution) und den Generalstab der Roten Armee unter Marschall Tuchatschewski. Stalin ließ auch fast alle Führer der polnischen KP hinrichten und löste die Partei auf; über 800 jugoslawische Kommunisten



taz
1934 errichtetes Nazi-Denkmal für zwei unter den Arbeitern verhaßte Bullen. Heute steht Erich Mielke auf Basis von Nazi-Anklagen vor Gericht, verfolgt vom Nachfolgestaat des Dritten Reichs

und mehr als 100 italienische KP-Funktionäre wurden liquidiert. Es ist wichtig zu verstehen, warum diese Kommunisten umgebracht wurden.

Stalins bürokratische Herrschaft war bedroht durch die lebendige Erinnerung an die bolschewistische Revolution und durch die Möglichkeit einer Arbeiterrevolution in einem anderen Land. Genauso wie GPU/NKWD das spanische Proletariat im Namen der Volksfront enthaupteten, um die Revolution während des Spanischen Bürgerkriegs abzuwenden, waren die Moskauer Prozesse ein Blutopfer an die Bourgeoisie, ein Beweis für Stalins „Ernsthaftigkeit“ bei der Verurteilung des „Exports der Revolution“. Genau deshalb verurteilte die Bourgeoisie überhaupt nicht Stalins Rußland als „Unrechtsstaat“, sondern *unterstützte* im großen und ganzen die Säuberungen. 1943 schließlich löste Stalin die Komintern auf, die auf dem Programm der sozialistischen Weltrevolution gegründet worden war, was der Grund für ihre Existenz war. Und er versuchte verzweifelt, die Nationalstalinisten Tito und Mao davon abzuhalten, den Kapitalismus in Jugoslawien und China zu stürzen. Die logische Folge vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“ war Opposition zur Revolution in einem anderen Land.

Das traf besonders auf Deutschland zu, dem Schlüssel Europas. Und während Erich Honecker zwar nicht persönlich verantwortlich war für die Säuberungen, half er doch Stalins Politik auszuführen, die einen sozialistischen Aufstand des deutschen Proletariats bei der Niederlage Hitlers verhinderte. In seiner offiziellen Autobiographie *Aus meinem Leben* (den Titel dreist von August Bebel kopiert) bemerkt Honecker, daß er nach einem Treffen mit Ulbricht im Mai 1945 in Berlin anfang, eine „antifaschistisch-demokratische Jugendbewegung zu schaffen“, die die gesamte „Jugend, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrer politischen und weltanschaulichen Position“, umfaßte. Er lobt auch den Aufruf des Zentralkomitees der KPD vom 11. Juni 1945, weil er „allen antifaschistisch-demokratischen Kräften Ziel und Weg zur Überwindung der Herrschaft des Monopolkapitals“ war.

In Wirklichkeit forderte der Aufruf vom Juni 1945 eine „parlamentarisch-demokratische Republik“. Und Honecker sagt eben nicht, daß diese Linie von der in der Moskauer

Fortgesetzt auf Seite 30

Honecker...

Fortsetzung von Seite 29

Emigration lebenden Führung durchgepeitscht werden mußte: gegen den Widerstand der KPD-Kader, die in Deutschland im Untergrund gearbeitet hatten. In einem Brief vom 14. Mai 1945 an Pieck berichtete Ulbricht, „daß die Mehrheit unserer Genossen sektiererisch eingestellt ist“ und daß „klärende Auseinandersetzungen notwendig“ waren, „denn viele hingen noch an Vorstellungen aus der Zeit vor 1933. Die rote Arbeiter- und Bauern-Armee stand im Land – waren damit etwa nicht die Errichtung der Sowjetmacht und der Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt?“

Ulbricht gab die Parole aus: „Wir verzichten auf die Schaffung eines kommunistischen Jugendverbandes, denn wir wollen, daß eine einheitliche, freie Jugendbewegung entsteht.“ Als Ulbrichts Schützling drängte Honecker auf das, was die FDJ wurde. Am Anfang widersetzte sich der sächsische KP-Jugendführer Robert Bialek vehement; er argumentierte für eine proletarische Jugendorganisation von KPD und SPD. „Natürlich wäre mir eine sozialistische Jugendorganisation lieber, aber das entspricht nicht den gegenwärtigen Erfordernissen“, so Honecker. Jene „Traditionalisten“, die Gruppen des KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands) gründeten, wurden als linke Sektierer, Ultralinke und Trotzkisten abgestempelt. Also wurde die Freie Deutsche Jugend gegründet, und später die Deutsche Demokratische Republik.

Stalin und sein Statthalter Ulbricht beabsichtigten nicht, die DDR als Arbeiterstaat aufzubauen, aber die starre Haltung der Imperialisten im Kalten Krieg zwang sie dazu. Und als ihr frommer Wunsch eines „neutralen friedliebenden Deutschlands“ verflogen war, setzten die stalinistischen Spitzen ihre bürokratische Herrschaft durch: gegen die Arbeiterklasse und gegen Opposition innerhalb der SED. Im Zuge des Arbeiteraufstandes 1953 ist Honecker mit dem „Spitzbart“ Ulbricht fast gestürzt, und sein Weg nach oben ging er als die Keule gegen prosozialistische Oppositionelle und Dissidenten, von Harich/Janka und Schirdewan/Wollweber bis Robert Havemann, Wolf Biermann und Stefan Heym.

Lehrlinge der „linken“ Hexenjäger

Bei der Verteidigung Erich Honeckers gegen die Hexenjäger des Vierten Reichs setzen wir Spartakisten ihn nicht einfach mit jedem anderen Stalinisten oder Reformisten gleich. So drückten wir zum Beispiel unser Beileid aus über die Ermordung des schwedischen Sozialdemokraten Olof Palme, der der Regierungschef eines bürgerlichen Landes war, aber getötet wurde, weil er als Linker galt, und nicht, weil er ein guter Bulle für den schwedischen Kapitalismus war. Auf der anderen Seite hätten wir ganz andere Gefühle gegenüber Ulbricht, dem Oberhaupt eines deformierten Arbeiterstaates, der der Gehilfe der stalinistischen Henker war.

Verschiedene Pseudolinke haben die Forderung erhoben nach „Arbeitertribunalen“, um Honecker und die übrigen ehemaligen DDR-Führer zu richten. Als die SpAD in einer Antwort auf einen Brief an *Spartakist* Nr. 96 (Juni/Juli 1992) erklärte, daß dies ein „linker“ Deckmantel für die Hexenjagd ist, rief dies bei der Gruppe Arbeitermacht eine irrsinnige Reaktion hervor. Diese Stalinophoben schäumten in einer schriftlichen Provokation unter der Überschrift „SpAD vor ein Arbeitertribunal?“, wo sie uns als Agenten des Faschismus verleumdeten. Das ist ein starkes Stück für eine Gruppe, die in grotesker Weise ein Alibi für den österreichischen Nazi-Präsidenten Waldheim lieferte (sie schrieben: „Was ist schon ein Kriegsverbrechen?“), die den 250 000 Teilnehmer starken Protest vom 3. Januar 1990 gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die gefallenen Sowjetsoldaten im Treptower Park verunglimpfte und die den Angriff eines von Skinheads angeführten Mobs auf das Stasi-Hauptquar-

tier ein paar Tage später als den „Stoff, aus dem Revolutionen sind“, bejubelten. Arbeitermacht schreibt:

„Im Haus des Gehenkten spricht man nicht vom Strick, sagt ein altes Sprichwort. In der ‚Spartakisten‘-Sekte ruft bereits die Erwähnung des Wortes ‚Arbeitertribunal‘ Angst und Wut hervor.“

Ebenso verurteilt der Bund Sozialistischer Arbeiter, Anhänger des zweifelhaften David North, die SpAD, weil sie „gegen Arbeitertribunale ist, um die stalinistischen Gangster zur Rechenschaft zu ziehen“ (*Neue Arbeiterpresse*, 30. Oktober 1992). Am 20. November, nach dem Beginn des Honecker-Verfahrens, entdeckt der BSA, es ist „Ein politischer Schauprozeß“, und er könnte „zum Auftakt für Angriffe der Kapitalisten werden, die selbst den Naziterror noch in den Schatten stellen“. Aber selbst dort wird nirgendwo gesagt (und auch nicht in einem späteren Artikel am 18. Dezember), daß Honecker et al. vor Gericht stehen, weil sie die DDR verteidigt haben, noch sagt der BSA, daß es irgend etwas zu verteidigen gab, noch bezieht er sich überhaupt auf die DDR als einen Arbeiterstaat. Statt dessen greifen sie, bei viel Anwaltsjargon, den Refrain der Bourgeoisie vom „Stasi-Staat“ auf und beziehen sich auf das „bürokratische Polizeiregime im Osten“.

Ein Arbeitergericht zu haben setzt die proletarische Staatsmacht voraus; es heute unter dem Kapitalismus zu fordern läuft darauf hinaus, den Schauprozessen der Bourgeoisie Unterstützung zu geben. Bei der jetzigen Führung der deutschen Arbeiterklasse hieße es konkret ein „Tribunal“ unter dem Vorsitz der Sozialdemokraten, gerade derjenigen, die die Prozesse gegen Honecker, Mielke usw. betreiben. Tatsächlich hat der ostdeutsche SPD-Führer Thierse zu einem „Tribunal“ aufgerufen, um „die DDR-Geschichte aufzuarbeiten“. Und wie sollte die Strafe vollstreckt werden? Vielleicht hielten es die „linken“ Mächtgern-Hexenjäger für „Gerechtigkeit“, als der frühere stalinistische Ministerpräsident Polens, Piotr Jaroszewicz, der weitgehend unbeliebt war, weil er in den 70er Jahren das Land runtergewirtschaftet hatte, zusammen mit seiner Frau letzten September in Warschau ermordet wurde.

Dadurch, daß wir für die Freiheit der früheren DDR-Führung kämpfen, erfüllen wir unsere proletarische Pflicht, die Zielscheiben und Opfer dieser kapitalistischen Klassenjustiz zu verteidigen. Genauso haben wir gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft, die diese antikommunistische Hexenjagd hervorbrachte sowie rassistischen Terror, Massenarbeitslosigkeit und andere Greuel. Und jetzt sollen die Spartakisten in dem gleichen Gebäude vor Gericht stehen, wo der Honecker-Prozeß stattfindet, weil sie beim Brandenburger Tor die Hakenkreuz-Fahne des Nazi-Völkermords heruntergerissen haben!

Das größer gewordene Deutsche Reich versucht seinen Einfluß geltend zu machen, es provozierte das Auseinanderreißen von Jugoslawien, während die Deutsche Bank die Trümmer des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates plündert. Hier im Lande wird die „Sozialpartnerschafts“-rhetorik vergangener Jahre durch Angriffe auf gewerkschaftliche Errungenschaften ersetzt. Aber die Mächtgern-Herren von Europa sind auf erbitterten Widerstand von Arbeitern und Jugendlichen gestoßen – von den Protesten Millionen italienischer Arbeiter letzten Herbst gegen die Kapitulation ihrer Führer vor den Austeritätsplänen, die Frankfurter Bankiers verordnet hatten; über polnische Bergarbeiter, die gegen die Privatisierung streiken; bis zum mächtigen Streik der Arbeiter im öffentlichen Dienst in Deutschland. Um uns zu verteidigen, müssen wir mobilisieren, damit wir Hitlers Erben – von den Mördern auf der Straße bis hin zu den „Schreibtischtätern“ in der Richterrobe und ihren Chefs in den Ministerien und Vorständen – besiegen.

Fortsetzung folgt

Verteidigt die Antifaschisten...

Fortsetzung von Seite 32

bereitete den Faschisten den Boden. Jetzt kommen CDU/CSU und SPD deren mörderischen „Ausländer-raus“-Parolen nach, indem sie die Grenzen zumachen und Massenabschiebungen durchführen.

Das wahre Gesicht der herrschenden Klasse zeigte vor kurzem Karl Dersch (Vorstandsmitglied des Luft- und Raumfahrtunternehmens Deutsche Aerospace, Präsidium des Bundesverbandes der Deutschen Industrie usw., usw.), als er seine „private“ Reichskriegsflagge hißte. Im SPD-geführten Nordrhein-Westfalen mit seinem starken Bevölkerungsanteil von eingewanderten Arbeitern sind die Gerichte derart mit Nazi-Richtern infiziert, darunter der notorische NPD-Führer Peter Markert, so daß die ÖTV die Besetzung eines Gerichtssaales organisiert hat. Von Augsburg bis Halle ergänzen massive Bullen-Überfälle den Nazi-Terror.

Die Arbeiterbewegung muß das Asylrecht verteidigen. Die heutige Lage schreit nach massenhafter Arbeitereinsatzfront-Mobilisierung, um die soziale Macht von Arbeitern und Immigranten gegen die Nazis und zur Verteidigung der Flüchtlinge zu zeigen. Dies ist das Programm, für das Leo Trotzki Anfang der 30er Jahre kämpfte, während Sozialdemokraten und Stalinisten Hitler ungehindert an die Macht marschieren ließen.

Das Vierte Reich will das Dritte Reich rehabilitieren, dazu diente schon 1985 der obszöne Kniefall von Kohl und Reagan vor SS-Gräbern in Bitburg. Die Bourgeoisie von Auschwitz streckt wieder ihre Finger nach der Herrschaft

Europas aus. Ihre Handlanger von der SPD stehen dabei an der Spitze der antikommunistischen Hexenjagd – deren Gipfel der heutige Schauprozeß gegen Erich Honecker ist, der im Landgericht Tiergarten stattfindet, im gleichen Gebäudekomplex –, um Rache zu nehmen für den Sieg der Roten Armee. Und die PDS macht bei der Hexenjagd mit, von der sie selbst aufgefressen wird. Freiheit für Erich Honecker und alle Repräsentanten des deformierten Arbeiterstaats DDR, in dem das System des Hakenkreuzes vollständig vernichtet wurde!

Toralf Endruweit sagte: „Wir sind stolz, die Nazi-Fahne heruntergerissen zu haben. Wir werden in diesem Prozeß zeigen, was das Hakenkreuz bedeutet, im Dritten wie im Vierten Reich. Wir werden zeigen, was diese Mord-Fahne für antifaschistische Überlebende des Dritten Reichs bedeutet, für Juden, Roma, Kommunisten, Schwule, für die heldenhaften Deutschen, die in der Roten Armee gegen die Barbarei ihrer eigenen Bourgeoisie gekämpft haben, wie auch für die vietnamesischen Arbeiter aus Rostock, die fast einem neuen Holocaust zum Opfer gefallen wären, für die Freunde, Angehörigen und Kollegen der Getöteten der letzten Jahre, von Amadeu Antonio bis Silvio Meier und die Familie Arslan, alle Opfer des braunen Packs. Ihr Tod mahnt uns, und wir werden sie rächen, genau wie all die Opfer der Nazis und, vor ihnen, der Freikorps, die Liebknecht und Luxemburg unter dem Zeichen des Hakenkreuzes ermordeten. Um die Faschisten ein für alle Mal zu beseitigen, brauchen wir eine Arbeiterrevolution, die die Opfer des Nazi-Holocaust rächen wird. Dafür kämpft die Spartakist-Arbeiterpartei.“

Machen wir den Prozeß gegen die Antifaschisten zu einem Prozeß gegen die Fahne des Nazi-Völkermords und den rassistischen Staat, der seine faschistischen Banden aufhetzt und beschützt! Unterstützt die Kampagne, mobilisiert unter euren Freunden, in euren Gewerkschaften, in euren Schulen und Organisationen. Schickt eure Anti-Hakenkreuz-Erklärungen an das Amtsgericht Tiergarten, Turmstraße 91, W-1000 Berlin 21, Fax (0 30) 39 79 20 10. Schickt Kopien und wendet euch für weitere Informationen an das KfsV. Spendet auf das Konto: Werner Brand, Komitee für soziale Verteidigung, Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg, Konto 250 110 930 0, BLZ 200 101 11, Stichwort „Keine Nazi-Fahne“.

Das KfsV ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD).

Magdeburg...

Fortsetzung von Seite 5

sehen. In den Reden vom Podium wurde von den Veranstaltern keinerlei Aktion vorgeschlagen, nach dem Motto: „Wartet einfach, bis die Entscheidung getroffen wird, und hofft auf das Beste.“

Auf dem Weg zurück nach Halle diskutierten wir mit den Mosambikanern, was man tun könne, um die IG Metall in ihrem Betrieb zu mobilisieren und ihre Kraft gegen die drohenden Abschiebungen einzusetzen. Unsere Intervention bei der „Demo“ bewirkte, daß ein Mosambikaner im Bus auf uns zukam, um weiter zu diskutieren. Er war empört, daß die Medien die jetzigen Probleme auf den Sozialismus schieben. Er sagte, daß es in der DDR keine Arbeitslosigkeit und kein Verbrechen gab, niemand schlief unter Brücken, und was jetzt passiert, ist wegen der Marktwirtschaft. Er hat eine deutsche Frau, Kinder und eine Wohnung, daher kann er hierbleiben. Aber er sorgt sich, was es bedeutet, nicht zurückzugehen, um zu kämpfen. Wir redeten ein bißchen darüber, wie Lenin im Exil die Partei aufbaute.

Später gingen wir mit zwei Arbeitern in eine Kneipe. Bei

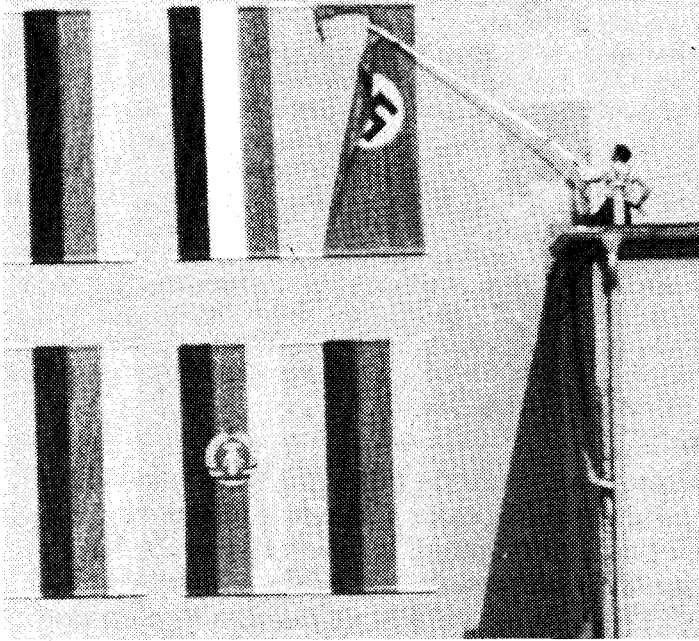
einem von ihnen waren an der rechten Hand die drei mittleren Finger unterhalb des zweiten Knöchels abgeschnitten. Als ehemalige Maschinenarbeiterin erkannte eine Genossin von uns die Auswirkungen eines typischen industriellen Unfalls. Tatsächlich ist es in Ammendorf passiert. Er verlor seine Finger 1985 – beide Hände waren ganz, als er in die DDR kam, um zu arbeiten. Er arbeitet immer noch an derselben Maschine, aber er kann nichts anderes mehr tun, kann keine neuen Qualifikationen erlernen. Seine Heimat ist kein Industrieland, und es gibt dort keine Arbeit für ihn, es gibt zu viele Sachen, die er nicht richtig anfassen kann. Tatsächlich hat er sich dann in seine deutsche Freundin verliebt, als sie ihm nach dem Unfall half und mit ihm im Krankenhaus blieb. Er will mit ihr hierbleiben.

Wir haben angefangen, mit den eingewanderten Arbeitern über die Möglichkeit zu sprechen, eine Delegation zur Gewerkschaft zu senden, die dafür kämpft, die Macht der IG Metall gegen die Abschiebungen einzusetzen. Die gesamte Arbeiterbewegung muß dringend Maßnahmen ergreifen, um die Spaltung der Arbeiter und die Massenabschiebungen zu verhindern sowie den Schutz der Flüchtlingswohnheime gegen Nazi-Terror zu organisieren. ■

SPARTAKIST

Hexenjagd-Skandal

Spartakisten vor Gericht, weil wir die Nazi-Fahne runterrissen!



Spartakist-Fotos

Machen wir dem Nachfolgestaat des Dritten Reichs den Prozeß!

Am 17. Februar sollen vier Antifaschisten, Unterstützer der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) wegen „Hausfriedensbruch“ im Amtsgericht Berlin-Tiergarten vor Gericht gestellt werden. Ihr „Verbrechen“? Am 23. Juni 1992 beseitigten sie eine riesige Hakenkreuzfahne, die seit Mai beim Brandenburger Tor an der Galerie Pariser Platz hing. Sie haben damit einer empörenden Provokation ein Ende gesetzt, die Tausende entsetzt hat und ein direkter Schlag ins Gesicht der Überlebenden des Nazi-Terrors und aller anständigen Menschen war.

Das Hakenkreuz ist kein „Gegenstand der Kunst“, wie es in der Anklage gegen die vier Antifaschisten beschrieben wird. Wie KfsV-Sprecher Werner Brand erklärte: „Das lassen wir nicht zu! Das Hakenkreuz steht für die grausame Ermordung von sechs Millionen Juden, von Roma, Sinti, Homosexuellen und anderen Minderheiten, von Kommunisten und allen Antifaschisten.“ Dies ist die Mord-Fahne der feigen Nazibrut von Mölln bis Rostock und Berlin.

Aber am 23. Juni nach 16.30 Uhr gab es beim Brandenburger Tor kein Hakenkreuz mehr. Beherzte Antifaschisten ergriffen dieses blutige Symbol für Völkermord und verbrannten es. Anschließend wurde auf dem Dach der Galerie ein Spartakist-Banner mit der Aufschrift „Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!“ entrollt.

Der Galerie-Vertreter holte die Polizei, und vier Antifaschisten wurden vorübergehend festgenommen. Aber nach

energischem Protest von vielen unterstützenden Zuschauern und Passanten aus verschiedenen Ländern, darunter auch Anhängern der PKK, wurden sie wieder freigelassen. Jetzt, nach dem rassistischen Pogrom in Rostock und den Nazi-Morden in Mölln, wurden die vier Antifaschisten für ihre Säuberungsaktion angeklagt: Werner Brand, Ronald Krüger (Fotograf der Zeitung *Spartakist*), Renate Dahlhaus und Toralf Endrweit (beide Sprecher der Spartakisten bei der antifaschistischen Großkundgebung in Treptow im Januar 1990 und Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl).

Nach dem Strafgesetzbuch der Bourgeoisie ist das Hakenkreuz verboten. Doch wer würde schon erwarten, daß der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs gegen Nazi-Symbole vorgeht. In Wirklichkeit schützt seine Polizei die Nazis bei ihren Angriffen auf Flüchtlingswohnheime, die Opfer der Nazis werden entweder abgeschoben oder kriminalisiert. Hinter dem Aufschrei gegen „Gewalt“ und „Rechts- und Linksextremismus“ stehen die rassistische Verfolgung von Flüchtlingen und Immigranten sowie erweiterte polizeiliche Repression gegen Antifaschisten. Deswegen ist der Aufruf von PDS-Reformisten und ihresgleichen nach „mehr Polizei“ und einem Verbot der Faschisten, mit dem sie sich an die rassistische Bonner Allparteienunion anhängen, so gefährlich. Und unser Fall beweist das erneut. Die kapitalistische Wiedervereinigung, die von der SPD und PDS und ihren „linken“ Anhängseln begrüßt wurde,

Fortgesetzt auf Seite 31